

Deutsche Rundschau

in Polen

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 14,00 zł.
monatl. 4,80 zł. In den Ausgabestellen monatl. 4,50 zł. Bei
Postbezug vierteljährlich 16,16 zł. monatl. 5,39 zł. Unter Streifband in Polen monatl. 8 zł.
Danzig 3 zł. Deutschland 2,50 zł. — Einzelnummer 25 Gr., Dienstags- und
Sonntags-Nummer 30 Gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsförderung usw.) hat der Be-
zieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Gernkof Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die einseitige Millimeterzeile 15 Groschen, die einpol-
tige Reklamezeile 125 Groschen. Danzig 10 zł. 20 Gr. Bl.
Deutschland 10 zł. 70 Goldpf. übriges Ausland 100% Aufschlag. — Bei Blaz-
vorricht und schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur
schriftlich erbeten. — Öffertengebühr 100 Groschen. — Für das Erscheinen der
Anzeigen am bestimmten Tag und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Postleitzahlen: Posen 202157 Danzig 2529. Stettin 1847

Nr. 271.

Bromberg, Dienstag den 24. November 1931.

55. Jahrg.

„Große Möglichkeiten

für die polnische Politik?“

Eine nationaldemokratische Betrachtung
über die Auswirkungen des Konflikts
im Fernen Osten.

Unter diesem Titel stellt der „Kurier Poznański“ Be-
trachtungen darüber an, in welcher Weise sich der mandschurische
Konflikt politisch in Europa auswirken könnte und
bereits auswirke. In dem Artikel heißt es:

Die Sowjetregierung mehrt sich sehr energisch
gegen die Beschuldigung, daß sie mittelbar und im gehei-
men an dem mandschurischen Konflikt teilnehme. Der
Volkskommissar Litwinow gab in dieser Beziehung dem
japanischen Botschafter in Moskau entschiedene
Erklärungen. Tatsächlich käme eine Intervention in der
chinesischen Frage für Russland nicht sehr gelegen; denn
Russland durchlebt jetzt infolge des mangelhaften Zu-
flusses von Krediten aus den kapitalistischen Ländern, eine
schwere Finanzkrise, so daß der sogenannte Fünf-
Jahresplan auf dem toten Punkt angelangt ist. Ge-
wisse Informationen weisen auch darauf hin, daß in der
Sowjet-Armee an der chinesischen Grenze Un-
ordnungen vorgekommen sind.

Dieses alles bedeutet indessen nicht, daß Russland gegen-
über dem, was in der Mandschurei geschieht, gleichgültig
bleiben könnte. Die dortigen Ereignisse sind von großer
Bedeutung. Alles weist darauf hin, daß wir es dort mit
dem Beginn einer japanischen Aktion zu tun
haben, welche die Herrschaft über die Mandschurei über-
kurz oder lang zu erringen strebt, d. h. über ein Land, das
zu den wertvollsten und reichsten in Asien gehört. Und wer-
da weiß, welche Interessen Russlands damit verbunden sind,
schon im Hinblick auf den Besitz von Vladivostok, der
begreift, daß die Moskauer Regierung nicht lange passiv
und gleichgültig der japanischen Politik aussehen kann. Nach
Osten wendet sich trotz allem die Hauptmerksamkeit
Moskaus.

Es ist kein Zufall, daß sich gerade jetzt Herr Molotow,
der Vertreter des Außenkommissars Litwinow, in seiner
bekannten letzten Rede an Polen mit solchen Friedens-
betrachtungen gewandt hat. Herr Molotow brachte von
neuem die Frage eines polnisch-russischen Nicht-
angriffspaktes auf die Tagesordnung unter Beru-
fung auf die Worte, die der Außenminister Baleski über
das gleiche Thema in der Außenkommission des polnischen
Sejm gesagt hatte. Molotow leitete daraus die Folgerung ab, daß heute eigentlich dem Abschluß eines solchen Ver-
trages nichts im Wege stände.

Das Auftreten der Sowjets Polen gegenüber erklärt
sich anderer Weise: nämlich durch das
Verhältnis Russlands zu Deutschland. Ge-
rade in der jüngsten Zeit unterhandeln die Sowjets mit dem
Reiche über wirtschaftliche Fragen. Es handelt sich dabei
hauptsächlich um Handelskredite, die Russland von Deutschland
erteilt worden sind. Diese Kredite betragen unge-
fähr eine Milliarde Mark, die in den Jahren 1932
und 1934 bezahlt werden sollen. Die Reichsbank hat die
Sowjetwechsel in Höhe von 150 Millionen Mark diskon-
tiert. Keine einzige Bank in der Welt hat sich
Russland gegenüber so entgegenkommen
gezeigt. Aber heute will Deutschland diese Kredite
einzehlen; denn es ist selbst seinen Gläubigern gegen-
über zur Zahlung verpflichtet, zumal man ihm, von dieser
Seite Leistungsfähigkeit wegen der Kreditgewährung zum
Besten des Fünf-Jahres-Plans vorwirft. Inzwischen sind
die Sowjets anscheinend nicht mehr zahlungs-
fähig. Die Goldreserve in der Sowjetbank beträgt jetzt
nur noch eine Milliarde Mark. Die russische Ausfuhr ist
sehr behindert, und es ist schwer, die Einfuhr einzuhärten,
weil sie für den Fünfjahresplan nötig ist. Deshalb
wollen die Sowjets von Deutschland weitere Kredite erlangen. Mit Rücksicht auf die Ver-
handlungen mit dem Reiche kommt die Aufklärung von
Verhandlungen mit Polen für die Sowjets gerade sehr
gelegen. Nichts ist für die deutschen Politiker so un-
angenehme wie die Eventualität einer Liquidierung
der Unstimmigkeiten zwischen Polen und Russ-
land. (Diese These wird von den deutschen Politikern
mit Recht heftig bestritten! D. R.) Immer wenn Deutschland
sich an die Westmächte, namentlich an Frankreich,
wendet suchen die Sowjets Annäherung an Polen. Das
ist das normale Spiel der politischen Interessen, die stets
einen Ausgleich suchen. Die Sowjets drohen Deutschland,
das mit Frankreich unterhandeln muß, sie würden den
Vertrag von Rapallo zerreißen, wenn das Reich
sich in seinen Verhandlungen mit Frankreich zu weit vor-
wagt. Trotzdem gibt es in der Lage Deutschlands und in
der Lage Russlands, das nach dem Fernen Osten hinblicken
muß, zahlreiche Momente von Dauer, die voll-
ständig nüchtern betrachtet und ausgenutzt werden müssen,
namentlich auf polnischer Seite. Über Polen ist fürzlich
eine phantastische Nachricht von Rom aus ver-
breitet worden, es solle einen französisch-japa-
nischen Bündnis beitreten, das sich gegen China
und die Sowjets richtet. Vielleicht ist diese Nachricht
aufgetaucht, um die polnisch-sowjetischen Verhandlungen

unmöglich zu machen; vielleicht stammt sie aus den Kreisen,
die die deutsche Politik fördern. (Groß ist der Verfolgungs-
wahn in gewisser polnischer Patrioten! D. R.) Man dürfe
nicht vergessen, daß die Befriedung auf dem polnisch-
sowjetischen Abschnitt der schwerste Schlag wäre
für die deutsche revisionistische Aktion. Vielleicht ist genau
das Gegenteil richtig. Bei einer polnisch-russischen Ver-
ständigung würde die Entente das letzte Interesse an Polen
verlieren! D. R.) Der bekannte amerikanische Politiker
Simonds schrieb schon vor langer Zeit (das ist wesentlich:
„vor langer Zeit“ D. R.), daß alle Bemühungen Deutsch-
lands um den Korridor ohne Unterstützung Russlands zweck-
los wären. Die Lage im Fernen Osten eröffnet also für
die polnische Politik große Möglichkeiten.“ (Also
befürwortet die Nationaldemokratie noch immer ein
Bündnis mit Sowjetrußland, das den Fünf-
Jahresplan und überdies seine gute Stellung in Ostasien
zu verlieren scheint? Heil und Sieg, Herr
Dmowski! D. R.)

Paris — Moskau.
Die Verträge zwischen Frankreich und den Sowjets
bereits paraphiert.

(Von unserem ständigen Warschauer
Berichterstatter.)

Baut Meldungen aus Paris ist der Nichtangriffspakt
sowie der Handelsvertrag mit Sowjetrußland von Frank-
reich bereits paraphiert worden. Entgegen den in letzterer
Zeit verbreiteten Nachrichten ist es aber die Sowjetregie-
rung, welche mit der Urteilszeichnung beider Verträge sämtl.
bis sie die ihr jetzt nötigen Kredite von Frankreich er-
halten wird. In politischen Kreisen wird die Ansicht ver-
treten, daß die Französische Regierung sich entgegen-
kommend verhalten werde, weil ihr an dem Abschluß der
Verträge gelegen sei. Im Zusammenhang mit dieser An-
gelegenheit weist der französische Botschafter bei der
Sowjetregierung Dejan in Paris und konferiert mit den
maßgebenden Stellen am Quai d'Orsay.

Warschau — Moskau.
Wiedereraufnahme der Verhandlungen über einen
polnisch-sowjetischen Nichtangriffspakt.

Moskau, 22. November. (PAT) Am 21. d. M. abends
wurde den auswärtigen Korrespondenten folgendes Com-
municat betreffend die polnisch-sowjetischen Verhandlungen
über einen Nichtangriffspakt zur Kenntnis gegeben: „Der Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten Litwinow hat am 21. d. M. den polnischen Gesandten Patet empfangen und ihm die Wiederaufnahme der Verhandlungen über einen Nichtangriffspakt vorgeschlagen. Noch am 14. Oktober d. J. hatte Litwinow im Auftrage seiner Regierung der polnischen Regierung durch den jetzt nicht mehr am Leben befindlichen Geschäftsträger Bielecki die Unterzeichnung eines Nichtangriffspaktes in der Fassung vorgeschlagen, in welcher der sowjetfranzösische Pakt paraphiert worden war. Die Sowjetregierung ging dabei von der Voraussetzung aus, daß, wenn die Verhandlungen auf Grund des Sowjet-Projektes vom Jahre 1926 auf Schwierigkeiten gestoßen waren, der Vorschlag eines neuen Textes des Paktes, der von Frankreich bereits angenommen wurde, auf polnischer Seite keine Ablehnung erfahren werde.“

Die polnische Regierung hat aber am 14. d. M. durch
Herrn Patet dem Kommissar Litwinow erklären lassen,
daß die Anpassung des Textes des sowjetfranzösischen Paktes an die Angelegenheiten Polens unmöglich sei und
daß der von der Sowjetregierung der polnischen Regierung im Jahre 1926 vorgeschlagene, durch polnische Änderungen ergänzte Entwurf entsprechender sein werde.

Die Erklärung des Herrn Litwinow vom 21. d. M.
— so heißt es weiter im amtlichen polnischen Communi-
cate — enthält das Einverständnis der Sowjetregierung
mit der Aufnahme der Verhandlungen auf Grund des
Paktentwurfs vom Jahre 1926. Die Verhandlungen werden
in den nächsten Tagen beginnen.

Der amtliche russische Bericht.

Moskau, 23. November. (PAT) Am Sonnabend abend
wurde den ausländischen Korrespondenten über die polnisch-
sowjetischen Verhandlungen bezüglich des Nichtangriffspaktes folgendes Communiqué zur Kenntnis gebracht:

Der Außenkommissar Litwinow hat am 21. d. M.
den polnischen Gesandten Patet empfangen und ihm vor-
geschlagen, die Verhandlungen über den Nichtangriffspakt wieder aufzunehmen. Schon am 14. Oktober d. J.
hatte Litwinow im Auftrage der Regierung der polnischen Regierung den Vorschlag gemacht, den Nichtangriffspakt in der Fassung, in welcher der sowjetfranzösische Pakt paraphiert wurde, zu unterzeichnen. Die Sowjetregierung ging dabei von der Voraussetzung aus, daß, wenn die Verhandlungen auf Grund des Paktes der Sowjets vom Jahre 1926 auf Meinungsverschiedenheiten gestoßen sind, der Vorschlag des neuen Pakettextes, der bereits von Frankreich angenommen wurde, einen Widerspruch von polnischer Seite

nicht erfahren werde. Die polnische Regierung erklärte jedoch am 14. d. M. Herrn Litwinow, daß es ihr unmöglich sei, den Text des sowjetfranzösischen Paktes in Anwendung bringen zu können, und daß ihr der von der Sowjetregierung im Jahre 1926 in Vorschlag gebrachte Pakt mit den polnischen Abänderungen genehmigt wäre. Die Erklärung des Herrn Litwinow vom 21. d. M., so heißt es in dem Communiqué weiter, enthält das Einverständnis der Sowjetregierung zur Wiederaufnahme der Verhandlungen auf Grund des Paktprojektes vom Jahre 1926. Die Verhandlungen werden im Laufe der nächsten beginnen.

Stefan Kirtillis.

Wie wir bereits berichtet haben, ist zum Wojewoden von Pomerellen der bisherige Bizerwojewode von Łódź, Stefan Kirtillis, ernannt worden.

Stefan Kirtillis ist 1890 in Kolno im Warschauer Bezirk geboren. Nach Beendigung der Realschule studierte er Volkswirtschaft an der Universität in Brüssel. In den Jahren 1914—19 war er in der P. W., der polnischen „unterirdischen“ Militärorganisation tätig. Im Jahre 1919 nahm er am Marsch Zeligowice gegen Wilna teil und wurde nach der Einnahme Wilnas zum Chef des Sicherheitswesens des sog. Mittellitauens ernannt. In den Jahren 1922—26 hatte er eine leitende Stellung in der Militärgendarmerie inne. Im Jahre 1927 wurde Kirtillis in das Innenministerium versetzt.

Nach einem einjährigen Dienst in diesem Ministerium erhielt er die Ernennung zum Wilnaer Bizerwojewoden, wo er bis Dezember 1930 wirkte, worauf er nach Łódź versetzt wurde.

Minister a. D. von Loebell †

Am Sonnabend ist in Brandenburg a. d. Havel der frühere Preußische Innenminister Friedrich Wilhelm von Loebell im 77. Lebensjahr an den Folgen eines Schlagsanfalls gestorben.

Der Verstorbene entstammte einer alten märkischen Offiziersfamilie und trat nach dem Abschluß seiner Studien in den Verwaltungsdienst seiner Heimatprovinz, zunächst als Landrat von Westhavelland, dann als Generaldirektor der Landessicherheitspolizei der Provinz Brandenburg, bis er 1904 vom Fürsten Bülow als Vortragender Rat in die Reichskanzlei berufen wurde, deren Chef er, seit 1907 als Unterstaatssekretär, bis zum Auscheiden Bülos im Jahre 1909 blieb. Dann wurde er für kurze Zeit Oberpräsident von Brandenburg und kurz vor Ausbruch des Krieges Preußischer Minister des Innern, der er bis 1917 blieb. Loebells Streben war, obwohl er mehrere Jahre hindurch als konservativer Abgeordneter dem Reichstag und dem Landtag angehört hatte, auf einen Ausgleich im politischen Leben gerichtet. Von 1917 bis 1919 war er abermals Oberpräsident von Brandenburg.

Aber damit war Loebells politische Tätigkeit nicht abgeschlossen. 1920 trat er an die Spitze des Reichsbürgerrates. Eine besonders wirksame Tätigkeit enthaltete er 1925 bei der Reichspräsidentenwahl. Der von Loebell geleitete „Reichsblock“ stellte für den ersten Wahlgang Oberbürgermeister Jarres auf und für den zweiten den jüngsten Reichspräsidenten v. Hindenburg, dem er die breite Basis für die Wahl schaffen half.

General von Mudra †

Am Sonnabend mittag ist General von Mudra in Zippendorf bei Schwerin (Mecklenburg) an den Folgen eines Herzschlags im 81. Lebensjahr gestorben.

Mudra stammte aus einer schlesischen Zimmermannsfamilie, wurde 1851 in Muskau geboren und trat 1870 beim Gardespanierbataillon ein. Er rückte in glänzender militärischer Laufbahn bis zum Chef des Ingenieur- und Pionierkorps und schließlich 1913, zum kommandierenden General des 2. Armees am nächsten stehenden 16. Armeeforps in Mecklenburg auf. Im gleichen Jahre wurde er in den Adelsstand erhoben. Im Kriege war er Oberbefehlshaber der 8., 1. und 17. Armee. Als sich Mudra nach dem Kriege in Wiesbaden zur Ruhe setzte, sperrten ihn die Franzosen wegen seiner Verbindung zur Orgesch ins Gefängnis. Später wurde er aus dem besetzten Gebiet ausgewiesen.

Loucheur †

Der ehemalige französische Minister Loucheur ist am Sonntag nachmittag um 2.30 Uhr in Paris gestorben. Loucheur war zehnmal Minister. Im Jahre 1922 hat er zusammen mit Rathenau, dem reichsdeutschen Minister für den Wiederaufbau, das sogenannte Abkommen von Wiesbaden unterzeichnet. Der verstorbene Politiker gehörte der Gruppe der Radikalen Linken an, hatte aber nahe Beziehungen zur Großindustrie.

Der Rat ist befriedigt.

Paris, 23. November. (PAT) Die am Sonnabend abgehaltene öffentliche Sitzung des Völkerbundes hat in diplomatischen Kreisen im allgemeinen aus dem Grunde einen günstigen Eindruck gemacht, weil die Entscheidung über die Einberufung einer Studienkommission einmütig gefällt wurde, im Einverständnis mit den Vertretern Chinas und Japans. Es wird angenommen, daß die neue öffentliche Sitzung nicht vor Dienstag stattfinden wird.

Nach einer weiteren Meldung hat die am Sonnabend abgehaltene Sitzung des Völkerbundes eine Lösung des Konflikts zwischen Japan und China nicht gebracht. Man sieht aber die Möglichkeit für einen Ausweg, der es gestattet, die gegenwärtige Session zum Abschluß zu bringen, ohne die Autorität des Völkerbundes einer Gefahr auszusetzen.

Die Sitzung begann mit einer Ansprache des Ratsvorsitzenden Briand, der ein Bild darüber gab, was der Rat von der Genfer September-Session an geleistet hat, die sich auf den Art. 11 des Völkerbund-Paktes stützte, auf den sich China beruft. Die Entschließungen vom 30. September bleiben, so sagte Briand, in Kraft. Die Japanische Regierung versprach, so bald als möglich ihre Truppen zurückzuziehen, die Chinesische Regierung dagegen verpflichtete sich, die Sicherheit der japanischen Staatsangehörigen zu gewährleisten. Minister Briand vertrat den Standpunkt, daß der Meinungsaustausch, der im Laufe der vergangenen Woche geflossen wurde, zweifellos Vorteile gebracht habe. Alle Bemühungen des Rats wären fruchtlos gewesen, wenn man die Kriegsoperationen nicht eingestellt hätte.

Der japanische Delegierte Yoshiwara, dem sodann das Wort erteilt wurde, erklärte, daß Japan sich die am 30. September angenommene Resolution zu eigen mache, daß aber Japan sich der Schikane bewußt sei, die die japanischen Staatsangehörigen in der Mandchurie und in China über sich ergehen lassen müssten. Die Japanische Regierung stelle daher abermals den Antrag, eine Studienkommission an Ort und Stelle zu entsenden, und verspreche, mit der Räumung zu beginnen, so bald die Sicherheit ihrer Bürger erreicht werden wird.

In seiner Erwiderung sagte der chinesische Delegierte Dr. Sche, daß seine Regierung sich in keine Händel über die Zurückziehung der japanischen Truppen einlassen und sich damit nicht einverstanden erklären könne, daß die Räumung von anderen Fragen wie die Festsetzung von Einzelheiten über die Erhaltung der öffentlichen Ordnung, der Sicherheit, des Lebens und des Eigentums der japanischen Staatsangehörigen in der Mandchurie über die Zone der Südmandschurischen Eisenbahn hinaus, abhängig gemacht werden solle, die die Chinesische Regierung sicherzustellen sich verpflichtet hat.

Es folgte ein längerer Meinungsaustausch, in dem fast sämtliche Ratsmitglieder teilnahmen, wobei im allgemeinen der Vorschlag Japans unterstützt wurde. Im allgemeinen herrscht im Völkerbund über den japanisch-chinesischen Konflikt eine optimistische Stimmung.

Was Japan sagt.

Tokio, 23. November. (PAT) Der Vertreter Japans in Paris ist von der Japanischen Regierung dahin instruiert worden, daß er jeglichen Gedanken an einen Waffenstillstand in der Mandchurie ablehnen solle, da dieser Gedanke die Annahme zulasse, daß in der Mandchurie ein Krieg geführt werde. Die Einstellung des Vormarsches würde es den Chinesen gestatten, in der Mandchurie etwa 200 000 Soldaten gegen 15 000 Mann der japanischen Truppen zu konzentrieren, was es Japan unmöglich machen würde, den Soldaten- und Banditenhorden wirklich entgegenzutreten.

Briand verliert nicht die Hoffnung.

Paris, 23. November. (Eigene Drahtmeldung.) Zum Schluß der Sonnabend-Sitzung des Völkerbundes verabschiedete Briand die Ratsmitglieder mit folgender Erklärung:

„Es wäre für mich eine überaus große Freude gewesen, wenn es mir gelungen wäre, das gewünschte Ziel in der Zusammenarbeit mit Ihnen zu erreichen. Ich betone, daß wir auf große Schwierigkeiten gestoßen sind und stoßen werden, die man stets mit Zertigkeit kritisieren, ja sogar ins Lächerliche bringen kann. Doch ich verliere nicht die Hoffnung und auch nicht das Vertrauen. Würde ich das riesige Paket von Telegrammen mitbringen, die Euer Vorsitzender von allen Seiten der Welt mit der Erklärung des Vertrauens von Leuten und dem Glauben an unsere Bemühungen empfängt, so bin ich überzeugt, daß sowohl ich, als auch Sie, meine Herren, aus diesen Manifestationen einen hohen Mut schöpfen müssten. Dies würde ein Beweis dafür sein, welche geistige Kraft der Völkerbund ist und wie groß das Vorgehen wäre, wenn gewisse Ereignisse eine ähnliche Macht zusammen mit allen Hoffnungen, die sie in sich schließt, sie zunächst machen würde.“

Englische Stimmen zum deutschen Antrag an die V.S.Z.

London, 21. November. (Eigene Drahtmeldung.) Zur Übermittlung der deutschen Zeitschrift an die V.S.Z. erklären die „Times“ in einem Leitartikel, die Tribute könnten nur gezahlt werden, wenn Industrie und Handel in Deutschland wieder wie gewöhnlich arbeiteten. Die erste Bedingung sei daher die Wiederherstellung des deutschen Kredits. Wenn das Reich in eine Lage gebracht werde, die eine Erfüllung der Kreditverpflichtungen unmöglich mache, so werde jedes Land, auch Frankreich, Schaden erleiden. Die wichtigste Frage sei deshalb nicht, ob die politischen oder die privaten Schulden den Vorrang hätten, sondern ob man Deutschland gestatten solle, seine Zahlungsfähigkeit langsam wieder an erlangen. Wenn man eine offene Bankrotterklärung Deutschlands vermeiden wolle, so müsse ein Abkommen zur Verlängerung der kurzfristigen Kredite zustande kommen. Die Ereignisse der letzten sechs Monate hätten gezeigt, daß Deutschland die geschätzten Jahreszahlungen nicht leisten könnte, wenn es gleichzeitig seine privaten Schulden abdecken solle. Obwohl Frankreich auf den Bestimmungen des Young-Planes besteht, sei doch Grund zu der Annahme vorhanden, daß die Pariser Regierung eine offene und umfassende Erörterung der Frage der deutschen Zahlungsfähigkeit im Zusammenhang mit dem Stillhalteabkommen nicht verhindern werde. Sobald erst einmal eine offene Ans-

sprache im Gange sei, würden die Tatsachen schon für sich selbst sprechen. Anstatt Deutschland Hilfe zu bringen, habe die Französische Regierung durch ihre Forderung auf Weiternahme der geschätzten Zahlungen vom nächsten Juli ab Ansprüche erhoben, die keineswegs eine Verbesserung der Lage des Reiches bringen könnten.

In einer Fußnote zu der Zeitschrift der Deutschen Regierung sagen die „Times“: Man müsse annehmen, daß die Französische Regierung stillschweigend die gegenseitige Abhängigkeit der Tribute und der kurzfristigen Schulden anerkannt habe. Dies sei in nicht geringem Maße dem englischen und amerikanischen Einfluß zu danken.

Der „Daily Express“ sagt, es liege im Interesse aller Völker, daß Deutschland gerettet werde. Das Reich dürfe nicht der finanzielle Spielplatz Europas werden.

Die „Morningpost“ erklärt, seit dem Zustandekommen des Young-Planes habe sich die Weltlage vollkommen verändert. Daher sei es notwendig, die Finanzlage Deutschlands erneut zu prüfen. Die Hoffnung, daß das Hoover-Moratorium eine endgültige Besserung herbeiführe, habe sich nicht erfüllt. Neue Maßnahmen und neue Erleichterungen für Deutschland seien unbedingt notwendig.

Die „Financial Times“ ist der Meinung, daß bei der endgültigen Gläubigerkonferenz einige Mächte eine Revision der geschätzten Jahreszahlungen fordern würden, besonders, wenn Frankreich auf seiner Forderung des Voranges der Tribute vor den privaten Schulden bestehé.

Der Kulturmampf in Litauen vor dem Abschluß.

Das „Memeler Dampfboot“ berichtet: Die katholischen Geistlichen scheinen in dem sogenannten Kulturmampf nachgegeben zu haben, nachdem von einer maßgebenden Seite die Erklärung abgegeben wurde, daß im Falle der Verschärfung der katholischen Opposition und der Verleugnung des gegen die Regierung gerichteten Hirtenbriefes der Bischöfe das Konkordat gekündigt und die Gehälter für die katholischen Geistlichen im litauischen Budget gestrichen werden würden.

Wie uns von einer ganz zuverlässigen Seite mitgeteilt wird, hat der Vatikan den katholischen Geistlichen in Litauen zu verstehen gegeben, daß er eine verschärft Opposition der Geistlichen in Litauen nicht unterstützen werde und daß die Geistlichen eine Verständigung mit der Regierung in den Streitfragen zwischen Staat und Kirche suchen müssen. Das Zentrum für Katholische Aktion hat auch in seiner Mehrzahl den Standpunkt des Vatikans sich zu eigen gemacht. In diesem Zusammenhange wurden jetzt in der Zusammenkunft des Centralvorstandes des Zentrums für Katholische Aktion bedeutsame Änderungen vorgenommen.

Die neue Wendung in den Beziehungen zwischen der Regierung und der Katholischen Aktion hat in den politischen Kreisen Litauens große Beachtung hervorgerufen. Der neuernannte Geschäftsträger des Vatikans in Litauen, Arata, der bisherige Vertreter des Vatikans in Portugal, wird dieser Tage in Kaunas eintreffen, um sein neues Amt zu übernehmen. (Der bisherige Nuntius wurde abberufen, weil die Litauische Regierung sich weigerte, mit ihm amtlich zu verkehren.)

Warum?

Unter der Überschrift „Ein neuer Attentat auf Polen“ beschäftigt sich der „Kurier Poznański“ mit einer Veröffentlichung in der Londoner wirtschaftlichen Wochenschrift „The Economist“, von welcher der Verfasser des Aufsatzes behauptet, sie wäre politisch mit dem Lager Lloyd Georges verbunden. Der Verfasser des englischen Artikels ist ein Herr R. G. Walmsley aus Liverpool, und sein Zweck ist, die Englische Regierung davor zu warnen, in irgend einer Weise die deutsch-polnischen Grenzen zu garantieren. Der Verfasser nimmt an, daß Frankreich sich nur unter dieser Bedingung mit einer Reduktion der Rüstung einverstanden erklären würde. Der „Kurier Poznański“ erklärt, er wolle sich mit den Ausführungen des Verfassers über das Problem des Korridors nicht näher befassen, und schreibt sodann:

„Wir wollen nicht die einseitigen Argumente wiederholen, die übrigens ständig in der deutschen Presse erörtert werden, und beschränken uns auf das Zitieren einiger Sätze: „Die gegenwärtige Lage ist nicht zu ertragen“, so schreibt Herr Walmsley. „Die Garantie der deutschen Ostgrenzen durch uns wäre ein Akt verbrecherischen Wahnsinns. Solange der Weichselkorridor nicht vollständig beseitigt ist, ist an ein Ostlocarno nicht zu denken. Großbritannien hat nicht das geringste Interesse an der Verewigung der Quellen für den künftigen Krieg.“

Die Ausführungen des Verfassers werden, wie der „Kurier Poznański“ weiter schreibt, wenn auch in etwas milderer Form von der Redaktion des „Economist“ gutgeheissen, der der Ansicht ist, „daß die Bedingungen der neuen Ordnung der Dinge in Osteuropa nicht der Gerechtigkeit entsprechen, und daß man sie nicht verewigen dürfe, weil sie die Quelle der allgemeinen Unruhe und der Verschärfung der politischen und wirtschaftlichen Gegensätze bilden. Die Ansicht des „Economist“ deckt sich somit mit den Ansichten, die kürzlich der Senator Vorah zum Ausdruck gebracht hat.“

Das Posener polnische Blatt behauptet dann von dem „Economist“, daß dieser seit langem zu dem deutsch-französischen Teil der englischen Presse gehöre und niemals seine Antipathie gegen Polen verleugnet habe, ebenso wie der liberale „Manchester Guardian“. Die Schuld an dieser Entwicklung der Verhältnisse schreibt der „Kurier Poznański“ natürlich zunächst der „deutschen Propaganda“ an und der Abschwächung des polnischen politischen und moralischen Prestiges in der Welt, das die mangelhafte Aktivität der polnischen Außenpolitik und die politischen Irrtümer im Innlande verschuldet hätten. Offensichtlich rechnet das nationaldemokratische Organ zu diesen „Irrtümern im Innlande“ auch seine eigenen verschliefen Ansichten über die Minderheitenpolitik, der die „polnische Propaganda“ der eine Million deutscher Emigranten zu verdanken ist, auf die sich auch Vorah beziehen könnte. Wir fürchten aber, daß das edle Blatt nur die Splitter in des Bruders Augen meint und dabei den Balken im eigenen Auge vergißt.

Deutsches Reich.

Abbau der Pädagogischen Akademien in Preußen.

Da die allgemeine Finanzlage ebenso wie die Notlage der Junglehrer zu Einschränkungsmaßnahmen auch auf dem Gebiet der Lehrerbildung zwingt, hat die Preußische Staatsregierung beschlossen, im Haushaltsjahr 1932 die Zahl der Pädagogischen Akademien von fünfzehn auf zehn herabzusezen. Demgemäß stellen die Pädagogischen Akademien Stettin, Rostock, Cöln, Kassel und Altona ihre Tätigkeit ein. Auch bei den aufrechterhalten Akademien in Elbing, Frankfurt a. d. Oder, Breslau, Beuthen, Halle, Kehl, Hannover, Dortmund, Bonn und Frankfurt am Main werden im Jahre 1932 keine Neuauflagen vorgenommen. Diese Sparmaßnahmen lassen, wie von amtlicher preußischer Stelle versichert wird, Idee und Form der neuen preußischen Lehrerbildung grundsätzlich unberührt.

Hindenburg an die Reichswehr.

Das Reichswehrministerium veröffentlicht folgenden Erlass des Reichspräsidenten an die Wehrmacht:

Der Herr Reichsverweser des Königreichs Ungarn, Seine Durchlaucht Békesz Nikolaus Horváth von Nagymaros, hat mir die Inhaberschaft des nach König Stephan dem Heiligen benannten dritten Honved-Infanterie-Regiments übergeben und zu diesem Zweck eine Offizier-Abordnung des Regiments zu mir entsandt. Diese, mir durch die ungarische Nation und durch die ruhmreiche ungarische Armee dargebrachte außerordentliche Ehrengabe erfüllt mich mit Stolz und Freude und ist mir ein Zeichen dafür, daß die Gefühle der in vielen Schlachten des Weltkrieges erprobten Waffenbrüder noch heute fortleben. Ich sehe die hohe Auszeichnung meiner Person augleich als eine Ehrengabe der deutschen Wehrmacht an.

gez. von Hindenburg, gez. Groener.

Aus anderen Ländern.

Paul Boncour verläßt die sozialistische Partei.

Paul Boncour, der bekannte französische Politiker, der jetzt von der Kammer in den Senat überstiegt, hat an die sozialistische Partei sein Abschiedsschreiben gerichtet. Er erklärt, daß er zwar nach wie vor seine sozialistische Überzeugung behalte, daß er aber aus taktischen Gründen und um der Partei innere Konflikte zu ersparen, die volle Handlungsfreiheit der Abstimmung und der politischen Aktion“ für seine Person beanspruche. Er könne es nicht verantworten, daß er der Parteidisziplin folgend gegen die Politik stimmen müßte, die er als französischer Völkerbund-Delegierter in Genf und als Verteidiger Frankreichs vor dem Haager Schiedsgerichtshof zu vertreten habe.

Mit dieser freiwilligen Demission ist Paul Boncour dem offiziellen Ausschluß aus der Partei zu vorgekommen, der von dem Parteverband des Departements Seine bereits beantragt war.

Kleine Rundschau.

Unfall oder Mord?

Gdingen, 23. November. (Eigene Drahtmeldung.) Gestern gegen 2.30 Uhr morgens wurde auf der ul. Kaszubska in Steinberg der 26jährige Adam Uruski schwer verletzt aufgefunden und ins Krankenhaus eingeliefert. Gegen 10 Uhr verstarb Uruski, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben. Man nimmt an, daß er von einem Auto überschlagen worden ist, worauf eine große Blattschale und ein umgefallener Baum schließen lassen. Jedoch liegt auch ein Mord im Bereich der Möglichkeit.

Rundschau des Staatsbürgers.

Die Bank Polski nimmt Steuern an.

Die Bank Polski hat bisher auf Grund einer Anordnung der Direktion keine Steuern für die Finanzämter entgegen genommen. Das Finanzministerium hat sich nun an die Direktion der Bank Polski mit dem Erischen gewandt, zur Begrenztheit der Steuerzahler die Annahme von Steuerbeträgen anzuhören, worauf die Direktion allen ihren Abteilungen die Weisung zugehen ließ, in Zukunft Steuern entgegenzunehmen. Bei der Einzahlung der Steuern in der Bank Polski hat der Steuerzahler jedoch die Verzugszinsen und Kommissionszuschläge selbst zu berechnen. Außer den Patenten und Registrierungskarten können somit sämtliche Steuern in der Bank Polski entrichtet werden.

Nachzahlung von Ruhegehältern.

Seitens des Ministerrats ist dem Sejm ein Projekt vorgelegt worden zur Nachzahlung der Ruhegehälter, die während des Krieges einbehalten worden sind. Danach haben diejenigen, die seitens des Polnischen Staates erst vom 11. 11. 1918 ein Ruhegehalt erhielten und deren Ansprüche im Jahre 1929 im Finanzministerium registriert wurden, jetzt diesem Ministerium (Liquidations-Abteilung) den Nachweis ihrer polnischen Staatsangehörigkeit einzureichen. Es genügt ein Auszug aus der Einwohnerliste, der vom Stadtrat oder vom Magistrat beglaubigt ist. Diejenigen dagegen, die im Jahre 1929 sich nicht an das Finanzministerium gewandt haben, haben jetzt an dieses Ministerium einen Antrag zu stellen wegen Fristverlängerung für die Registrierung. Dem Antrag ist außer dem Nachweis über die Einzahlung von Beiträgen an die Ruhegehältskasse und dem Nachweis des Ruhegehalts-Rechts der Nachweis der polnischen Staatsangehörigkeit beizufügen oder ein Auszug aus der Einwohnerliste, der entsprechend beglaubigt ist. Witwen von Ruhegehalts-Berechtigten müssen ihrem Antrag außer dem Nachweis der polnischen Staatsangehörigkeit den Toteneintrag des Mannes, die Heiratsurkunde und die Geburtsurkunde der Kinder beifügen.

Wasserstandsnachrichten.

Wasserstand der Weichse vom 23. November 1931.

Kralau + 2,00, Rawitsch + 2,08, Warichau + 2,64, Błocie + 1, Thor + 4,20, Bordon + 4,14, Culm + 4,08, Graudenz + 4,08, Kurzebrat + 4,19, Biebel + 3,97, Drischau + 3,90, Einlage + 3,10, Schiewenhorst + 2,94,

Appell an Europa.

Von Ernst Moritz Arndt.

Ich appelliere von der Gegenwart an euch, Europäer. Europäer, Volk des Lichts, ihr steht im Himmel und auf Erden in einem furchterlichen Kampf der Entscheidung; große Verwandlungen, erstaunliche Entwicklungen geschehen nicht allein in dem, wo man Könige ein- und absetzt und Hunderttausende zum Tode führt; sie geschehen in dem innersten, heiligsten Leben dieser Zeit. Feuer und Licht sind das Element des Christentums; deswegen nahm es die Fabel des Fegefeuers auf, und läßt Gott und die Engel auf Sternen und Sonnen wohnen. Wir stehen jetzt in einem wahren Fegefeuer, oder vielmehr an der Grenze des Fegefeuers, wo erst gerichtet werden soll, ob wir als Verworfene tief zur Hölle hinuntergestoßen oder durch die feuriglustige Pein für den Himmel die letzte Reinigung empfangen sollen. Heller und heißer hat die Flamme nie gejodert im Leuchten und Brennen; wehe dem, der den Sand der Wüste erregt, sie zu bedecken, der mit kleiner Angst alle Wasser losläßt, sie zu löschen!

Wo aber Käuze verwundert schauen und Nachtraben ihre Höhlen suchen, da singt auch die Lerche und übt der Adler die Sonnenflügel. Licht ward, auf daß Licht werde, bis alles wüste Dunkel gefüllt und alles unholde Chaos zur Schöpfung entwickelt wird. Laßt ihr euch ist in diesem gespannten, diesem kranken Zustande, wo so viele Sehnsucht nach Licht, so viel Glaube und Hoffnung auf Erlösung ist, eure Flamme verdunkeln, euer Licht auslöschen, Europäer, so fasset ihr zurück, so tief, so verderblich zurück, daß eure Enkel eure Freiheit und Sorglosigkeit verfluchen werden. Kann nicht jeder die Erde besitzen, so lasse sich doch keiner den Himmel begrenzen. Da bin ich Gott und König, da ist mein Stolz, meine Herrschaft unermesslich, weil ich göttlichen Geschlechts bin. Die Elemente hat die Natur freigegeben, ihr seliger Genuss ist allen Lebendigen gemein: das reinste Element ist Feuer und Licht.

Und endlich appelliere ich an euch, Europäer, für mein Volk, für das deutsche Volk. Seid ihr durch seine Arbeiten mit befreit, hat es mit den lichtvollen von euch gleichen Schritt gehalten, und hältt ihn noch, so laßt nicht geschehen, mit eurem Willen und eurem Beispiel nicht geschehen, daß seine Freiheit da untergehe, wo ganz Europa den Untergang schrecklich fühlen müsste. Fremde Fauste können ihm nicht helfen, wenn die eignen schlaff sind; aber die Entscheidung des Zeitalters ruht mehr auf dem Worte und auf der Meinung, als auf dem Befehl und dem Schwerte.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unseren Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit angeordnet.

Bromberg, 28. November.

Weinig verändert.

Die deutschen Wetterstationen ründen für unser Gebiet Andauern des beständigen aber fühlen Witterungscharakters an.

Die Ehebranche — ein neuer Beruf.

Wahrscheinlich infolge der Krise und der schlechten Zeiten, vielleicht gar aus Mangel an Beschäftigung, wählte der letzte im Kreise Lida wohnhafte 35jährige Franciszek Piasek die „Ehebranche“. Kaum hatte er sich mit einer Frau verheiratet, verschwand er, um sich schleunigst mit einer anderen Erwählten trauen zu lassen. Seine „Tätigkeit“ begann Piasek im Jahre 1920. Ziellos strich er im Kreise Lida umher, überall als lediger junger Mann eine vermeidende Brant suchend. Nach kurzer Zeit lernte er die Tochter eines Grundbesitzers namens Apolonia Dowgal kennen und heiratete sie. Nach drei Jahren verschwand der vielbeschäftigte Gatte, um nicht wieder zurückzukehren. Piasek landete nun in Automierke bei Lida, wo er seinen Namen änderte und sich Roman Pawłekiewicz nannte. Bald gefiel ihm eine Kamilla Pawłowska, die eine hübsche Mitgift hatte. Mit Hilfe zweier, wenig glaubwürdiger, Zeugen fand die Trauung unter falschem Namen statt. Vor einem Starostebeamten machte Piasek widerstreitende Aussagen und nannte endlich seinen wahren Namen. Gleichzeitig wurde auch seine erste Ehe bekannt, die ihm eine Gefängnisstrafe von einem Jahr einbrachte.

Nachdem er die Freiheit wiedererlangt hatte, machte er sich abermals auf die Suche nach „Eheglück“. Unter dem Namen Kossowski bemühte er sich im Jahre 1927 um die Hand einer Helena Sniad aus Rzgów. Auch hier ging es ihm hauptsächlich um die Mitgift. Bald nach der Trauung verschwand er abermals, die dritte Frau verlassen.

Der Unerlässliche taucht noch einer Weile in Jendrzejow auf, wieder als Stanislaw Kossowski. Nach kurzer Zeit war er „rasend“ in Sabina Galinska verliebt, verprach ihr goldene Berge und schriftlich auch mit ihr zum Altar. Nach einigen Tagen verschwand er mit einer erheblichen Geldsumme. In Kielce wurde er von der Polizei nach dem Personalausweis gefragt. Er gab als Name Piasek an. Der auf dem Paß prangende Name Kossowski brachte ihn nun ins Untersuchungsgefängnis, wofür er Gelegenheit hat, über neue Tricks nachzusinnen, wie man in diesen schlechten Zeiten auf leichte Art zu Gelde kommen kann.

Die ApothekenNachdienst haben bis zum 30. d. M. früh Central-Apotheke, Danzigerstraße 19 und Löwen-Apotheke, Chausseestraße (Grunwaldzka) 144.

Personenzüge Bromberg-Berent. Die Eisenbahndirektion Danzig hat die Personenzüge Nr. 8921 und 8922 auf der Strecke Bromberg-Berent (Kościerzyna) eingeführt. Die Züge fahren in folgender Weise: Zug 8921 Bromberg ab 16.19, Berent an 19.18; Zug 8922 Berent ab 6.20, Bromberg an 9.09.

Die Angaben für die Volkszählung sind geheim. Ein Spiegel unserer Gegenwart wird die am 9. Dezember stattfindende Volkszählung sein. Um ein klares Bild zu erhalten, müssen die von den Zählungskommissären gestellten Fragen wahrheitsgemäß beantwortet werden. Die auf den Fragebogen vorhandenen Fragen sind rein sachlich gehalten und gereichen deshalb niemand zum Schaden. Und doch wird es mißtrauische Seite geben, die aus irgendeiner Ursache die wahre Antwort verweigern werden. Da gibt es z. B. Frauen, die sich vor der richtigen Angabe ihres Alters scheuen, anderen bereitet die Kürzel über ihre Bildung Schmerz, noch anderen ist die Angabe ihres Glaubens oder die Kennung ihres Nebenberufes peinlich. Da wird es auch

solche geben, die um sich die Steuerbeamten nicht auf den Hals zu ziehen, auf bestimmte Fragen verkehrte Antworten geben werden. Alle Mißtrauischen dürfen vollständig beruhigt sein. Die diskrete Behandlung der Antworten ist gesichert. Da nur richtige Angaben für den Staat von Bedeutung sind, so müssen jegliche Hindernisse aus dem Wege geräumt werden, die das unmöglich machen könnten. Auf dem Fragebogen selbst ist vermerkt, daß die Angaben ein Geheimnis sind und keiner Behörde als Grundlage für Steuern oder Einleitung von Gerichtsverfahren dienen werden. Wie wir daraus ersehen, sicher der Staat die völlige Geheimhaltung der Angaben, da es nicht um Frau X oder Herr Y geht, sondern sich einzigt und allein um den statistischen Ausweis gemischt Tatsachen handelt. Auch die Person des Zählungskommissars bildet keinen Grund zur Beunruhigung. Der Zählende muß vor Amtsein seiner Tätigkeit die Geheimhaltung aller ihm anvertrauten Antworten eidesstattlich versprechen. Die Fragebogen werden dem statistischen Hauptamt in Warschau zur Verfügung gestellt, das sie bearbeiten wird. Kein Unbelehrbarer wird sie zu Gesicht bekommen. Nach der Bearbeitung werden die Millionen Fragebogen der staatlichen Papierfabrik überwiesen werden, die sie einstampfen wird. Dass die Zählung tatsächlich unter Beobachtung größter Diskretion vor sich geht, beweist die Tatsache, daß die erste Volkszählung vom Jahre 1921 nirgends beanstandet wurde.

Der Zucker für Kinderspeisung ist steuerfrei. Im „Dziennik“ Nr. 100 vom 19. November ist eine Verordnung erschienen, auf Grund welcher der Finanzminister ermächtigt wird, Steuerfreiheit bei denjenigen Zuckermengen zu gewähren, die von den Hilfskomitees zur Förderung der Arbeitslosigkeit in den Zuckersäufen aufgekauft werden, und die ausschließlich zur Ernährung der Kinder in den Schulen, in den Vorstädten und in den Kinderbewahranstalten für die Zeit bis zum 1. Juli 1932 Verwendung finden. Der Finanzminister setzt ferner im Einvernehmen mit dem Minister für Arbeit und öffentliche Fürsorge und mit dem Minister des Innern die Zuckermengen fest, die von der Steuer befreit werden und bestimmt die Verteilung dieser Zuckermengen auf die einzelnen Bezirke. Der Transport der Zuckermengen, die von der Verbrauchssteuer befreit sind, unterliegt der Kontrolle der Finanzorgane. Zum Schlus sieht das Gesetz vor, daß der Finanzminister besondere Bestimmungen erlassen wird, welche die Bedingungen über den Transport, die Aufbewahrung und den Verbrauch des Zuckers regeln werden. Die Übertretung dieses Gesetzes hat eine Freiheitsstrafe bis zu sechs Monaten zur Folge.

Ein tödlicher Verkehrsunfall ereignete sich am gestrigen Nachmittag auf der Chausseestraße (Grunwaldzka). Der taubstumme Arbeiter Wilhelm Steinke, der im 48. Lebensjahr stand, begab sich mit seiner Frau, die ebenfalls taubstumm ist, zum Friedhof. Sie übersehen, daß sie nach der Stadtseite hin blicken, das Herannahen des Autobusses PM 52 836. Der Autobusführer gab Signale, die aber von den Taubstummen nicht gehört werden konnten. Auch das Bremsen des Chauffeurs konnte ein Unglück nicht mehr verhindern. Während die Frau mit heiserer Hant davonlief, wurde der Mann von dem Bordstein des Autos zu Boden gerissen und überfahren. Der Tod trat auf der Stelle ein. — Am Sonnabend vormittag ereignete sich auf der Friedrichstraße (Długa) ebenfalls ein Verkehrsunfall, und zwar wurde eine weibliche Person von dem Auto PG 11 011 überfahren, sie erlitt einen Bruch der Wirbelsäule und eine Beinverletzung. Mit Hilfe des Rettungswagens wurde die Verletzte in das Stadtkrankenhaus eingeliefert.

Zwei Lebewesen. In der Nacht zum Montag vergnügte sich mit Leuchtgas ein Dienstmädchen, daß im Hause Lwonińskastraße (Sobieskiego) Nr. 9 angestellte war. Die Leiche wurde in die Halle des Friedhofs an der Schubiner Chaussee gebracht. Ferner versuchte auf die gleiche Weise in der letzten Nacht ein 45jähriger Mann seinem Leben ein Ende zu machen. Sein Vorhaben wurde jedoch rechtzeitig bemerkt; man schaffte ihn in das St. Florianskloster, wo er das Bewußtsein wiedererlangte.

Falschspieler fiel ein Bürger aus Schulz in die Hände. Er machte auf der Straße die Bekanntschaft von zwei Männern, die ihn freundlicherweise einluden, in ein Lokal zu kommen. Man trank, man sprach und machte schließlich ein Spielchen. Der Schulzler aber hatte dabei Pech. Leider merkte er das nur zu spät. Erst als er 130 Zloty verspielt hatte, als seine „Spielpartnere“ ihn verlassen hatten, machte er die traurige Entdeckung, daß er Falschspieler in die Hände gefallen war — und alles Schreien half nun nichts mehr.

Beschlagnahme Diebesbente. An der Voeststraße (Wilenska) bemerkte ein Schuhmann eine verdächtige Person, die einen Koffer bei sich trug und beim Anblick des Beamten flüchtete. Als der Schuhmann den Mann verfolgte, warf dieser seinen Koffer zur Erde und verschwand. Der Beamte brachte den Koffer in das 4. Polizeikommissariat, wo man ihn öffnete und darin 7½ Meter kaffeefarbene Stoff vorsand. Der Stoff, der wahrscheinlich von einem Diebstahl herrührte, kann vom 4. Kommissariat abgeholt werden.

Einbrecher drangen in einer der letzten Nächte in das Bureau der Firma C. Hartwig ein, erbrachen einen Schreibtisch und stahlen daraus 1100 Zloty.

Wieder eingefunden haben sich die kürzlich als vermisst gemeldeten Appolonia Lisiewicz und Josef Lukowski.

Sieben Arbeiter verschüttet.

Wisch, Kreis Kosmar, 22. November. Ein schwerer Unfall, bei dem sechs Personen verletzt wurden, ereignete sich in der Nähe der Glassfabrik. An einer hohen Böschung waren Arbeiter damit beschäftigt, Sand aufzuladen. Anscheinend hatten sie nicht genug Vorsicht walten lassen, denn plötzlich löste sich eine große Masse Erde und verschüttete sechs Arbeiter. Man konnte wohl alle lebend retten, jedoch waren dem Arbeiter Wojciech Gielach beide Beine gebrochen, die Arbeiter Jan Nowak und Jan Dassau erlitten Beinbrüche, während die Arbeiter Franciszek Dembeck (Sohn), August Krast und Otto Faibusch schwere Oberschädelverletzungen davontrugen. Sie wurden in das katholische Johanniter-Krankenhaus überführt.

Grona (Koronowo), 21. November. Auf dem Vieh- und Pferdemarkt waren gute Arbeitspferde schon für 250—400 Zloty zu haben, schlechtere Pferde für 50—200 Zloty. Hochtragende Milchkühe kosteten 200—350 Zloty, abgemol-

Wie kann man sich die langen Abende angenehm verlängern?

Am besten durch eine gute Zeitungs-Lektüre. Solche bietet Ihnen die „Deutsche Rundschau“. Das Blatt berichtet schnell und zuverlässig über alle interessanten und wichtigsten Geschehnisse. Besonders reichhaltig ist auch der Unterhaltungsteil ausgestaltet durch die

Romanbeilage „Der Hausskript“

Bilderbeilage „Illustrierte Weltschau“

Landwirtschaftliche Beilage „Die Scholle“

Alle Postagenturen und Postämter in Polen, unsere Filialen und die Geschäftsstellen nehmen Abonnements für den Monat Dezember entgegen.

Bezugspreise am Kopfe der Zeitung vermerkt.

eine alte Kuh 100—180 Zloty, Fersen 1—2 Jahr 110—200 Zloty. — In die Wohnung der kürzlich verstorbene Witwe Oppermann drangen Einbrecher ein und entwendeten zwei Decken, fünf Kissen und anderes mehr. Von den Dieben fehlt jede Spur.

Argonan (Gniezno), 22. November. Vor einigen Tagen kamen zwei Zigeunerinnen in die Wohnung des Landwirts Bartłowiak in Ostek, um zu betteln. Sie fanden die kränkelnde Frau B. im Bett vor und versprachen ihr baldige Hilfe. Die Weiber machten der Kranken allerlei geheimnisvolle Zeichen vor und verlangten dann von ihr die Herausgabe des „Teufelsgeldes“, damit die Zauberei auch richtig wirken könnte. Die krause Frau schenkte den Zigeunerinnen ihr Vertrauen und händigte ihnen ihr ganzes erspartes Geld von 200 Zloty aus. Das Geld wollten die Zigeunerinnen nach drei Tagen wiederbringen, denn solange sollte es am Kreuzweg vergraben liegen. Zum Glück blieb diese Wunderheilung kein Geheimnis, wie es die Zigeunerinnen verlangt hatten. Die Polizei erfuhr davon rechtzeitig und verfolgte die Zigeunerbande. Die diebischen Weiber wurden geschnappt und dem Gericht übergeben. — In Sotorowo kochten Dachdecker in einem Kessel Teer. Neugierig stellte sich das dreijährige Mädchen des Arbeiters Kuzmar an den Kessel. Ein größerer Junge kam hinzu und stieß die Kleine, so daß diese in den Kochenden Teer fiel. Arbeiter kamen herbei und waren den Kessel um, um das Kind zu retten. Als der Kessel umfiel, war das Kind bereits tot.

Margonin, 21. November. Am vergangenen Sonntag feierte der ev. Kirchenchor im Hotel Guse sein diesjähriges Winterfest. Zur Einleitung wurden vom Chor zwei altbekannte Soldatenlieder mehrstimmig vorgetragen, welche vom Publikum mit besonderem Beifall aufgenommen wurden. Bei Konzert und weiteren Gesangsveranstaltungen folgte das Theaterstück „Der zerbrochene Krug“ von Heinrich von Kleist, das flott aufgeführt wurde. Nach der Theateraufführung widmete sich jung und alt dem Tanz, so daß das schöne Fest in einem harmonischen Verlauf in den frühen Morgenstunden erst sein Ende fand. — Trotz des Widerspruchs seitens der deutschen Stadtverordneten wurde hier am Vortag auf dem Markt an der ev. Kirche ein Karnevalmarkt abgehalten, der von den evangelischen Katholiken äußerst sehr missbilligt darüber.

Debenke (Debienek), Kreis Wirsitz, 22. November. Was alles gestohlen wird! Dem Besitzer Johann Geske von hier wurde aus dem Keller ein Eimer mit ungefähr 10 Liter Sahne gestohlen. — Auf dem Vorwerk Jonowo, das zu dem Hauptgute Wirsitz gehört, wurde in der Abendstunde ein Roboter entwendet. Die Diebe waren mit Gespann erschienen und entkamen mit der Beute. — Bei einem Tanzvergnügen in Kazimirowo wurde einem Gast ein Mantel im Werte von 180 Zloty gestohlen.

Janowiz (Kreis Znin), 22. November. Diebstahl. In das Goldwarengeschäft des Herrn Flank am Markt wurde eingebrochen. Viele Uhren und Ringe sowie Ohrringe im Gesamtwert von über 200 Zloty fielen den unbekannt entkommenen Dieben in die Hände.

Posen (Poznań), 22. November. Vor der hiesigen verstärkten Strafklammer hatten sich sieben Personen wegen kommunistischer Umrüte während eines Umzuges am 1. Mai d. J., in dem Transparente mit der Aufschrift „Es lebe der 1. Mai“ und „Es lebe die Kommunistenpartei“ getragen wurden, zu verantworten. Wacklaw Klatte und Michael Wołoszyn wurden zu je einem Jahre Festung verurteilt; die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen. — Der Posener Viehhof ist nach monatelanger Schließung zur Abhaltung von Viehmärkten und zum Auftrieb von Vieh wieder freigegeben worden, nachdem die Seuchen, die zur Schließung geführt hatten, erloschen sind. — Der Kontrolleur des Städtischen Gesundheitsamtes Leonhard Trajanowski von hier hatte sich wegen Erpressung in 30 Fällen zu verantworten. Er hatte Milchlieferanten eine Gebühr von je 17 Zloty abgenommen, bevor er die Bescheinigung ausstellte, daß die von ihnen gelieferte, tatsächlich einwandfreie Milch nicht zu beanstanden sei. Das Gericht verurteilte den gewissenlosen Beamten zu drei Jahren Zuchthaus, fünf Jahren Chorverlust und 400 Zloty Geldstrafe. — Bei der Verauflagung falscher 1-, 2- und 5-Zlotystücke wurde heute auf dem Jersker Wochenmarkt eine Frau Katharina Przybylska geb. Palacz aus der Kanalstraße 8/9 erfaßt und festgenommen. Bei ihr wurden noch mehrere Falschgeldstücke gefunden. — Glück im Unglück hatte der 52jährige Bauarbeiter Michael Komornicki, der bei einem Neubau am Urbauwörde Wege vom Baugerüst des dritten Stockwerks abstürzte, aber nur einige ungeschädliche Wunden am Kopfe und eine Verstauchung des Rückgrats davontrug. — Auf der Straßenbahn der Linie 2 wurde der Fabrikbesitzer Gustav Scherke aus der fr. Großen Berlinerstraße um 520 Zloty, 5 Dollar und 20 Reichsmark von einem Taschendieb erleichtert.

Redakteur: Gottbold Stark; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Lenno Erdie; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Heuke; für Anzeigen und Reklame: Edmund Prangodat. Druck und Verlag von A. Dittmann, C. a. o. v. sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich der „Hausskript“ Nr. 271

Heute: „Illustrierte Weltschau“ Nr. 47.

Am Freitag, dem 20. d. Mts., abends 5¹/₂ Uhr, erlöste ein sanfter Tod von schwerem, mit großer Geduld ertragenem Leid unserem innigst geliebten herzensguten, treuherzigen Vater, Schwiegervater und Großvater, den

Bädermeister

Andreas Hallmann

im 76. Lebensjahr.

In tiefer Trauer

Walter Hallmann und Frau,
Bremen.

Frida Hallmann, Bydgoszcz.

Die Beerdigung findet am Dienstag, dem 24. d. Mts., nachmittags 2¹/₂ Uhr, von der Leichenhalle des alten evangel. Friedhofes aus statt.

2 Wochen alter, hübsch.
Junge als eigen
abzugeben. Offert. unt.
L. 4642 an die Geistl.
dieser Zeitung erbeten.

Bydgoszcz, Tel. 18-011

Dr. v. Behrens

100% bearbeitet
allerlei Verträge,
Testamente, Erbsch.
Auflassungen. Hypothekeinschung,
Gerichts- u. Steuerangelegenheiten.

Promenada nr. 3
beim Schlachthaus.

Lehre polnisch sprechen.

Angebote unt. D. 4616

an die Geistl. d. Sta.

Primaner

erteilt Nachhilfestunden

a. beaufsichtigt Schul-

arbeiten. Off. unter

L. 4618 a. d. G. d. Sta.

Möbelstoffe

Plüsch

Gobelins

Matratzendelle

moderne Muster bei-

größter Auswahl, Kauf-

man nur im

Spezialhaus

Eryk Dietrich

Gdańska 78/130.

Telefon 782.

Handarbeiten

jeder Art, sowie Auf-

zeichnungen w. jchnell,

lauber u. billig ange-

fertigt. E. Górecki,

Kotmańska 28a, jetzt 7p.

Heirat übernimmt

Privat-Wahlungen

auch a. d. Lande, bei

best. Auslsg. d. Ware.

Zulass. zu richten an

Geistl. Streubel, Bydg.

Pomorska 58. 4582

Heirat

Gebildeter Landwirt

(Gutsverwalter), 44 J.

Jugend, ev. Kon.

würde gern in eine

größere Landwirtschaft

einheiraten.

Bermög. 20000 zl vor-

handen. Vermittlung

von Verwandten oder

Beliebten erwünscht.

Off. unter D. 10685 an

die Geistl. d. Sta.

Weißkinder

23 J. alt, evgl., vermö-

gend, wünscht höheren

Beamten od. Landwirt

mit größerer Wirtschaft

tennen zu lernen zw.

baldig. Heirat.

Angab. unt. Nr. 10654

an Papierhandl. Emil

Romen, Grudziądz, erb.

Einheirat!

Für mein. Neffen, 27 J.

alt, intellig., vornehme

Erziehung, m. 150000

Barvermögen, wünsche

ich junge

Dame

zur Heirat.

Geistl. d. Zeitg. erb.

Off. unter D. 10667 an

die Geistl. d. Zeitg. erb.

15-20000 zl

geg. 1. Hypothek v. mitt-

ler, extra reich. Land-

wirtschaft, in d. Umgegend

v. Posen sofort geucht.

Angebote mit näheren

Bedingungen, unter 2182

an die Ann.-Erprobung

Kosmos, Poznań,

10688 Zwierzyniecka 6.

Öffene Stellen

Suche von sofort evgl.

jüngere

10678

Erzieherin

da meine jetzige eine

Anstellung an einer

Schule bekommen hat,

für 2 Kinder im 2. und

3. Schuljahr und ein

Junge (Quinta) Schul-

arbeiten beaufsichtigt.

Polnisch in Wort und

Schrift. d. Lehrerlaub-

niserforderlich. Bewer-

bungen mit Gehalts-

anprüchen an

Frau Eberlein,

Olszowice, b. Nowy Dwor

Suche zu sofort für

meine ertrunkte Wirtin

Bertretung

zur selbständigen Füh-

rung meines frauenges.

Molkereihauptsatz.

Prüfung. Treciewiec,

pow. Bydgoszcz. 10673

Die Geistl. stelle dieser

Zeitung zu richten.

Rettung für Hautkranke!

Hautcreme „Heilwunder“ Danziger Patent Nr. 1919. Einzigartiges Kosmetikum zur Pflege der Haut, hilft vermöge seiner Eigenschaften selbst in verzweifelten Fällen bei sämtlich Flechten, auch Bartflechte, offenen Beinschäden, Ekzeme, Pickel, Ausschläge aller Art, Gesichts- und Nasenröté, Frostschäden usw.

Glänzende Anerkennungen. Bei Nichterfolg Geld zurück! Preis 8.60 zl. Versand per Nachnahme, bei Voreinsendung des Betrages portofrei. Bei Bestellung Zweckangabe erbeten. Chem. Kosm. Laboratorium „Klossin“ 10075 Danzig - (Gdańsk), Hundegasse 43.

Aufruf!

Die Besitzer von Anteilscheinen an der auf unserem Grundstücke ul. Zwierzyniecka 1 — ul. Jasna 19 (Bristol-Haus) eingetragenen Treuhandhypothek von 700 000 Mark bitten wir um Einsendung ihrer Anteilscheine.

Nach Prüfung werden wir den Berechtigten Mitteilung über die Höhe der Aufwertung der Hypothek zugehen lassen.

Die Anteilscheine werden den Berechtigten nach Prüfung wieder ausgehändigt.

Bristol Sp. z o. o.

früher Posener Hotelbetriebsgesellschaft T. z o. o. Poznań, Waly Leszczyńskiego 3. 10506

Heimatbücher der Deutschen in Polen

Herausgegeben von Friedrich Just

Verlag: A. Dittmann, Bromberg

Bisher erschienen:

Band 1: Aus dem Netzagau

Band 2: Deutsche Sendung

Band 3: Die polnische Nachtigall

Band 4: Heimat und Mutterherz

Band 5: Deutsche Christfeier

Band 6: Der Schulze von Gromadin. 10634

Zu haben in allen Buchhandlungen.

Aug. Hoffmann, Gniezno

Baumschulen und Rosen-Großkulturen

Telefon 212. — Kontor ul. Trzemeszeńska 42

lieft zur Herbspflanzung nach jeder Bahn- u. Poststation aus großen, neuen Anlagen in starkem erstkl. Pflanzmaterial sämtliche Baumschulen-Artikel, wie

Obst- und Alleeäume

Frucht- und Ziersträucher, Heckenpflanzen,

Busch- und Stammrosen

etc. in den besten, garantiert echten Sorten. 9592

Sorten- und Preisverzeichnis in Deutsch oder Polnisch frei

Wer sein Geschäft vorwärts bringen will

inseriere in der

weitverbreiteten

„Deutschen Rundschau“.

Inserate in dieser Zeitung haben an-

erkannt gute Erfolge. — Spezial-

offertern u. Probenummern

kostenlos durch die

Geschäfts-

Stelle

Suche zum 1. Dezemb. od. spät. Stellung als

Bolontär

im Kolonialwaren-

geschäft mit Pension

Bi. 23 Jahre alt, habe

4¹/₂ jähr. Büropraxis,

alte Zeugn. vorhand.

Gefl. Off. unt. L. 10674

an d. Geistl. d. Sta. erb.

Elterter, evangel.

1. Koch, Bad., Einwoh.

Schlacht. sow. all. vorl.

Arb. vertr. sucht bei be-

siedeln. Anspr. hof. evtl.

1. 12. Stell. Führer auch

selbst. Haush. (Stadt, a.

ausfern.). Gefl. vorn. v.

Werbe Offert. u. L. 4640

a. d. Geistl. d. Sta. erb.

Bromberg, Dienstag den 24. November 1931.

Pommerellen.

28. November.

Graudenz (Grudziadz).

Der Magistrat erinnert alle Hausbesitzer bzw. -pächter daran, daß am 1. Dezember d. J. der Termin zur Anbringung der vorschriftsmäßigen Ordnungsnummern an Wohngebäuden und Wohnungen bzw. der Orientierungslaternen abläuft. Mit Rücksicht auf die öffentliche Ordnung, und besonders auf die im Dezember stattfindende 2. allgemeine Volkszählung wird hiermit bestimmt, daß alle Hausbesitzer bzw. -pächter unverzüglich diejenigen Gebäude, deren Ordnungsnummern geändert worden sind, mit provisorischen Täfelchen (z. B. aus Pappe, Holz usw.) mit der auf ihnen sichtbar und leserlich geschriebenen neuen Ordnungsnummer versehen. Diese einstweiligen Täfelchen sind bis zur Zeit der Anbringung der vorgeschriebenen Orientierungslaterne bzw. des vorschriftsmäßigen Nummertäfelchens neben dem bisherigen Täfelchen anzubringen. Mit dem Augenblick der Anbringung des einstweiligen Täfelchens bzw. der Orientierungslaterne ist die bisherige Ordnungsnummer mit einer schrägen Linie zu durchstreichen, wobei jedoch die alte Nummer sichtbar bleiben muß. Die auf diese Weise durchgestrichenen Täfelchen müssen bis zum 31. Dezember 1932 verbleiben. Alle gegen vorstehende Anordnung Verstoßenden werden gemäß den bestehenden Vorschriften zur Verantwortung gezogen.

Der Aufsichtsrat der PePeGe setzt sich, wie die Direktion der Fabrik, einige Irrtümer damit berichtigend, jetzt bekanntgibt, aus folgenden Personen zusammen: Hipolit Gliwic, Prof. Dr. Ludwig Noe, Jan Odechowski, Ing. Wlad. Danilewicz und Rechtsanwalt A. Mandel. Als gerichtliche Aufseher fungieren weiterhin: Senator Iwanowski, Ing. M. Mickiewicz und Rechtsanwalt W. Rogoziński. Durch Aufsichtsratsbesluß ist Raymond Lanson aus dem Vorstand abberufen und an seine Stelle der Vizepräsident des Rats, Jan Odechowski, getreten.

Nach sechs Jahren. Ein halb Dutzend Jahre hat sich eine Strafsache hingezogen, in der dem Landwirtsohn Franz Kujama aus Blondzmin (Blodzim), Kreis Schlesien, Meineid zum Vorwurf gemacht wurde. Der falsche Eid soll in einer Anklagesache betr. die Schwäbung des staatlichen Hoheitszeichens begangen sein. Dieser Tage fand nun die gerichtliche Hauptverhandlung statt, und zwar unter Bahnnehmung eines Lokaltermins in Blondzmin. Die Verhandlung endete mit der Verurteilung des Angeklagten zu 1 Jahr Buchthaus und 5 Jahren Ehrverlust.

Eine Versammlung der Volkszählungskommissare fand am Freitag im Stadttheater statt. An ihr nahmen etwa 230 solcher Zähler teil. In einer Ansprache legte der Stadtpräsident die Bedeutung der allgemeinen Volkszählung dar und dankte allen denen, die das Amt eines Zählkommissars übernommen haben. Über die technischen Einzelheiten der Arbeit der Zähler verbreitete sich Magistratsassessor Michałowski. Er hob u. a. hervor, daß die Zählung lediglich statistischen Zwecken und keineswegs zu anderen Zielen, wie z. B. in steuerlicher Beziehung, diente. Der Redner hat sodann um Werbung weiterer (Reserve-)Zählkommissare.

Wochenmarktbericht. Auf dem Sonnabend-Wochenmarkt kostete Butter 1,70–1,90, Eier 2,30–2,50, Eßäpfel 0,35 bis 0,45, geringere Sorten 0,20–0,30, Birnen 0,25–0,40, Weintrauben 1,80–2, Zwiebeln 0,10, Kartoffeln pro Pfund 0,04, pro Zentner 2,25–3,50. Der Geflügelmarkt brachte Hettgänse pro Pfund zu 0,80–1, magere zu 5–7,00 das Stück, Enten von 3–5,00, Puten 4–7,00, Hühner 1,50–4, Tauben pro Paar 1,30–1,50, Fasanen 3,50–4. Hasen erhielt man für 4–5,50. In Tischen gab es Hühne zu 1,20, große Karaffen zu 1,40, Schleie 1,50–1,80, Barsche 0,80–0,90, Bresen 1–1,10, Plötz 0,40–0,50, Krebse pro Mandel 1,50–2, frische Heringe 0,50–0,60.

Bereine, Veranstaltungen &c.

Einen Weihnachts-Propaganda-Verkauf ganz billiger Bücher veranstaltet die Buchhandlung Arnold Kriedte, Grudziadz, Mickiewicza 3. Es wird dadurch dem Büchernfreund Gelegenheit geboten, sehr vorteilhafte Weihnachtsgeschenke zu erwerben, aber auch den eigenen Bücherschrank mit wertvollen Büchern zu füllen. Die Schaufenster-Ausstellung kann nur einen Ausschnitt der vorteilhaften Angebote zeigen; es empfiehlt sich daher, daß gesamte Ausverkaufsangebote durchsehen, besonders, da der Ausverkauf nur einige Tage dauert.

Thorn (Toruń).

Die Beibehaltung der erhöhten Preise für Gas und Strom.

Die Aktion zur Beschaffung von Arbeitsgelegenheit für die Arbeitslosen in Thorn hatte unsere Stadtverwaltung – um die erforderlichen Mittel hierfür aufzubringen – s. d. dazu veranlaßt, eine beträchtliche Erhöhung der Preise für Strom, Gas, Wasser und Kanalisation sowie der Zählermieten (Gas- und Wassermuhren usw.) vorzunehmen. Obwohl diese Erhöhungen nur bis Ende November verpflichten sollten, trat der Magistrat in der letzten Stadtverordnetenversammlung mit dem Antrag hervor, die Erhöhungen für drei weitere Monate in Kraft zu lassen, damit ein zur Beschäftigung der Arbeitslosen ohne Deckung veransagbarer Betrag in Höhe von 139 193,48 Zloty gedeckt werden kann. Wie dieser ungedeckte Posten entstanden ist, ergibt sich aus folgendem:

Am 12. d. M. waren 1738 Arbeitslose bei nachstehenden Arbeiten beschäftigt: In den Schulen und bei der Kirche in Mokot 64, im Stadtpark 97, in den Vorwerken Katharinenflur und Kromieniec 343; das Bauamt beschäftigte 887, die Kanalisationswerke 348, in den Büros der Staroste und des Magistrats 99. – Bis zum 7. d. M. wurden an die Arbeitslosen 591 105,81 Zloty ausgezahlt, wovon 302 000 Zl. durch staatliche Subventionen gedeckt werden konnten. Folglich wurde außer der Subvention der Betrag von 289 105,81 Zloty aufgezahlt. Zur Deckung dieser Summe beschlossen die städtischen Körperschaften im August d. J. eine Preis erhöhung für Strom, Gas usw. um 20 Prozent bis Ende



Aerztlicher Rat:
Kalter Kopf, warme Füße —
und bei Zeiten Aspirin-Tabletten!

Gegen Kopf-, Zahn- und Gliederschmerzen, Grippe wie überhaupt alle Erkältungen sind Aspirin-Tabletten überragend. Jede Tablette und Packung (d 20 oder 6 Stück) trägt das BAYER-Kreuz, die Schutzmarke des echten Aspirin. In allen Apotheken erhältlich. Es gibt nur ein Aspirin!

November. Der Wasserpreis wurde auf 40 Groschen und die Kanalgebühren auf 20 Groschen erhöht. – Die Einnahmen aus diesen Erhöhungen betragen: a) für Gas, Strom und Zähler: 120 859 Zloty; b) für Wasser und Kanal 29 958 Zloty, was zusammen 149 912 Zloty ausmacht. – Hieraus folgt, daß bis dahin 139 193,48 Zloty zur Beschäftigung der Arbeitslosen ohne Deckung ausgegeben wurden.

Zur Erlangung einer Deckung für den genannten Betrag schlug der Magistrat die Beibehaltung der erhöhten Strompreise usw. für drei weitere Monate vor, wobei er unter Berücksichtigung des Umstandes, daß während der Wintermonate der Strom- und Gasverbrauch gewöhnlich zunehmen pflegt, die Erhöhung für Strom und Gas auf 20 Prozent (bisher 30 Prozent) beschränkt wissen wollte (d. h. Rückkehr zu den Preisen vor dem am 28. gefärbten Beschuß). Der Magistrat beantragte daher nachstehende Preissfestsetzung: 1. für Wasser 40 Groschen; 2. für Kanal 20 Groschen; 3. für Gasuhren: 3–5flammia 1,80, 10–3,00, 20–30 – 3,60, 50/100 – 4,80; 4. für elektrische Zähler: 2–5 Amp. 2,00, 10 Amp. 3,20, 10–30 Amp. 4,80; 5. Gas 38 Gr.; 6. Strom 72 Groschen. Der Magistratsantrag wurde angenommen, so daß für die nächsten drei Monate die oben genannten Preise verpflichten.

Hochwasser der Weichsel. Während im oberen Lauf der Weichsel das Wasser im langsamem Zurückgehen begriffen ist, hat der Wasserstand bei Thorn in den letzten 48 Stunden eine Zunahme um ca. 1,50 Meter erfahren. Der Thorner Pegel zeigte Sonnabend früh einen Wasserstand von 3,78 über Normal gegen 2,93 Meter am Vorlage an.

Bermiśt wird seit Donnerstag nachmittag der 15 Jahre alte Sohn Alfons der in der Schulstraße (ul. Sienkiewicza) 3 wohnhaften Frau Stanisława Walczak, wo von dieser der Polizei am Freitag Mitteilung machte.

Bei der Polizei gelangten am Freitag drei kleinere Diebstähle zur Anmeldung, ferner 22 Übertretungen polizeilicher Verwaltungsvorschriften, vier Übertretungen von handels-administrativen Bestimmungen und ein Verstoß gegen das Eisenbahnrealment. – Drei Vertreterinnen des schwachen Geschlechts, die sich in betrunkenem Zustand in den Straßen herumtrieben, wurden festgenommen.

Aus dem Landkreise Thorn, 21. November. Einbruchsdiebstähle. Dem Besitzer Otto Gąb in Smolno wurde Geflügel im Wert von 100 Zloty aus dem Stalle gestohlen, nachdem die Täter das Vorhängeschloß zerstört hatten. In der Nacht daran wurde G. nochmals von Einbrechern heimgesucht. Es wurde eine Scheibe eingeschlagen, das Fenster darauf geöffnet und dann Wäsche sowie eine größere Menge Tischlüber im Gesamtwerke von etwa 500 Zloty gestohlen. – Mittwoch am hellen Nachmittag wurden dem Gutsbeamten Andreas Łysiak in Tauer (Turzno) aus der unverschlossenen Wohnung eine goldene Damenuhr mit dem Monogramm H. S. auf dem Uhrdeckel, ein Armband aus Dukatengold und ein photographischer Apparat „Alfa“ 6×9 gestohlen. Die Sachen haben einen Wert von ungefähr 600 Zloty. – Nach Herausnehmen der eisernen Katen des Kellersfensters stiegen Einbrecher bei dem Gastwirt Czesław Winnarski in Lubin (Lubianka) ein und kamen dann mit Hilfe eines Nachschlüssels in den Saal. Sie entkamen unbehelligt mit 43 Litern Schnaps und drei Fahrerrädern, so daß W. einen Schaden von 900 Zloty erleidet. – Feuer brach neulich nachts aus unbekannter Ursache bei dem Kärtner Franz Kurny in Mlinic (Mlynice) aus. Durch Niederbrennen des Wohnhauses nebst angebautem Stall entstand ein Schaden von ca. 3000 Zloty.

Dirshau (Dżewa), 22. November. Der letzte Wochenmarkt war sehr gut besucht. Eier kosteten 2,40–2,80, Butter 1,90–2,10. – Bis Sonnabend, 28. d. M., ist des Nachts die Neustadt-Apotheke an der Danzigerstraße geöffnet.

Am Rönitz (Chojnice), 22. November. Ein blutiger Überfall ereignete sich am letzten Freitag bei Krojantien, bei dem der Autotaxenbesitzer Johann Keister durch zwei Schüsse schwer verletzt wurde. Im Laufe des Tages weilte hier in der Stadt der frühere Gemeindenvorsteher Stanisław Wojsławicz aus Powalken; er besuchte in den Nachmittagsstunden mehrere Restaurants. Dann bestellte W. die Autotaxe Nr. 13, Besitzer Johann Keister, und ließ sich nach Neu-Amerika fahren, wo er seinen Freund besuchte. Nach kurzem Aufenthalt fuhr W. dann zur Stadt zurück, wo dann abermals mehrere Restaurants besucht wurden. Um 5,30 Uhr wurde die Heimfahrt angetreten. Die Fahrt ging die Chaussee in Richtung Brus entlang, dann bog das Auto auf Wunsch des W. in den Landweg nach Brus ab. In Krojantien fragte W. nach dem Preis der Fahrt, zog seine Geldbörse, hatte jedoch kein Kleingeld. Keister drehte sich im Auto um und schrie

mit der Taschenlampe, damit W. besser sehen könne. In diesem Augenblick zog dieser einen Browning und gab auf K. vier Schüsse ab, von denen zwei Kugeln dem K. in die rechte Schulter drangen und in der linken Brustseite sieden blieben. Die benachrichtigte Polizei sorgte für die Überführung des Verletzten in das Borromäumstift. W. wurde verhaftet. Er gab an, daß er sich von Banditen verfolgt glaubte und auf seine Gegner blindlings feuerte.

Neustadt (Wejherowo), 21. November. Der heutige Wochenmarkt war ausreichend beliebt und nicht gut besucht. Es wurde besonders viel Weißkohl an Wagen angeboten und auch an Tischen zu 0,10 das Pfund, dentnerweise 6,00–8,00. Kartoffeln kosteten 2,50–2,80, Eier 2,50 bis 2,80, Butter 1,50–1,80. – Auf dem Schweinemarkt brachten vierwöchige Absatzkerle 12–15 Zloty, fünf- bis sechswöchige ansehnliche Tierchen wurden mit 16–20 Zloty das Paar gehandelt; Tiere zum Mästen brachten 45 Zloty und darüber.

Schwecz (Swiecie), 21. November. Auf dem heute stark beliebten und gut besuchten Wochenmarkt wurde für Butter 1,70–1,90 verlangt, für Eier 2,50–2,70. – Der Schweinemarkt war mäßig besucht und besucht, es wurde für ganz kleine Absatzkerle 20,00, für etwas angefüllte 25,00 und für bessere Ware 30,00 Zloty verlangt. – In Neu-Sasiniec wurde in dem Kolonialwarengeschäft von Nekli ein Einbruch verübt bei welchem für einige Hundert Zloty Waren gestohlen wurden.

Stargard (Starogard), 21 November. Einbruchsdiebstahl. In der Nacht zum Freitag drangen Diebe in die Wohnung des Herrn Bielicki an der Dwudziestraße ein und raubten sieben Anzüge, drei Mäntel und einen Pelz. Von den Tätern fehlt jede Spur. – Ein zweiter Einbruch wurde bei dem Schuhwarenhändler Sieminski verübt. Hier wurde ein Paar Schuhe gestohlen.

Kleine Rundschau.

Schweres Grubenunglück in England.

In den Bentley-Gruben in der Nähe von Doncaster (Grasshafft York) hat sich in der Freitag-Nacht eine schwere Explosion ereignet, die 42 Tote und 9 Schwerverletzte (darunter vier Erblindete) gefordert hat.

Die Explosion ereignete sich tief unter Tage in einer der größten und modernsten Betriebsunternehmungen Südyorkshires, auf den Gruben der Barber, Walker u. Co., die eine Belegschaft von 3230 Arbeitern beschäftigt. Zur Zeit des Ausbruches der Explosion befanden sich ungefähr 1000 Arbeiter unter Tage. Herausstürzende Gesteinsmassen verspererten die Stolleneingänge, so daß die unversehrt gebliebenen Leute Stunden brauchten, um an die Oberfläche zu kommen. Ebenso war auch dadurch die Bergung der Verwundeten und Toten außerordentlich erschwert. Der ungebührlichen Detonation folgte eine hochlodende Stichflamme, und das Ausströmen von Gasen nahm den meisten der Untertagearbeiter das Bewußtsein.

Vitamin D gefunden.

Wie von der reichsdeutschen Presse gemeldet wird, ist es dem Göttinger Professor Adolf Windaus nach vierjähriger Arbeit gelungen, das Vitamin D, das sogenannte antirachitische Vitamin, in rein kristallisiertem Zustand herzustellen.

Windaus erhielt für seine hervorragenden Leistungen auf dem Gebiet der Biochemie im Jahre 1928 den Nobelpreis.

Das Polar-U-Boot „Nautilus“ wurde versenkt.

Aus Oslo, der Hauptstadt Norwegens, wird gemeldet:

Am Freitag mittag wurde das U-Boot „Nautilus“ versenkt. Das Boot wurde von einem Schleppdampfer des Bergener Hafens zu seiner letzten Reise abgeholt und begleitet von einer ganzen Flotte kleiner Motor- und Ruderboote, sowie von einem Kutter, an dessen Bord sich viele Zuschauer befanden. Außer dem amerikanischen Konsul in Bergen war auch Professor Sverdrup, ein Teilnehmer der Wilkins-Expedition, zugegen. Kurz vor 12 Uhr wurden die amerikanische Flagge vom „Nautilus“ heruntergeholt und die Fenster im Vorschiff geöffnet. Kurz darauf begann das Boot mit dem Bug, zuerst zu sinken, und bald darauf war der „Nautilus“ in den Fluten des Atlantischen Ozeans verschwunden.

Der bekannte Sportmann, Arzt und Polarforscher Dr. Bernhard Billinger, der als alleiniger Deutscher an der Nautilus-Expedition teilnahm, wird in den nächsten Tagen in unserem Gebiet über die abenteuerliche Aktivität des versunkenen U-Bootes berichten.

Krieg mit Zahlen.

Von der „Rentabilität“ moderner Kriege.

Die Militärschriftsteller aller Länder beschäftigen sich unausgesetzt mit den Möglichkeiten eines zu künftigen Krieges. Sie arbeiten dabei gern mit Zahlen, aus denen sie den Ausgang und den Erfolg des Krieges errechnen zu können glauben. Wenn man auch solchen Rechenexemplen mit größter Skepsis gegenüberstehen muß, so sind sie doch manchmal nicht uninteressant.

Der französische Chefkonstrukteur Rougeron vom Marinearsenal in Brest stellt in „Illustration“ mathematische Formeln auf, bei denen das Geld die Hauptrolle spielt. Nach den Erfahrungen des Weltkrieges dürfe kein Land im Kriegssalle mit ausländischem Kredit rechnen. Es müsse sich auf seinen eigenen Reichtum, auf seine eigenen Kräfte verlassen können. Nach seiner Rechnung scheidet Deutschland für einen kommenden Krieg schon deshalb aus, weil ein Volk, das nicht schon in Friedenszeiten über eine starke Luftflotte verfüge, in der künftigen Kriegsgeschichte keine Rolle spielen könne. Bei annähernd gleich starken Gegnern würde jede für die Luftwaffe ausgegebene Milliarde beim Gegner den Wert von 10 Milliarden vernichten. Bei schneller Folge der Luftangriffe könnte das Resultat leicht errechnet werden. Schwieriger sei die Rechnung, wenn die beiderseits einzufechtenden Größen — Nationalvermögen, Gebietsumfang, Bevölkerungsgröße usw. — stark voneinander verschieden seien. Aber auch dann sei eine Erfolgsrechnung möglich, so daß, wie Rougeron am Schluss seiner Ausführungen betont, jedes Volk in der Lage sei, im voraus zu berechnen, ob sich ein Krieg „lohne“.

Pessimistischer ist Sir Herbert Russell, der in einem in „Naval and Military Record“ veröffentlichten Artikel hält, daß in einem kommenden Krieg noch von irgendinem Volk Vorteile errungen werden könnten. Früher habe man Kriege führen können, um Erwerbungen zu machen. Heute aber sei der Krieg ein so teures und in seinem Erfolg unberechenbares Unternehmen, daß es sich selbst für den Sieger nicht mehr bezahlt machen könne. Der Krieg von 1870/71 habe sich für Deutschland noch gelohnt. Der Sieg im Weltkriege habe aber England schon etwa das Dreifache des gesamten Goldumsatzes der Erde gekostet.

Sir Herbert Russell kommt zu dem Schluß, daß man sich aber trotz der Erkenntnis von der Sinnlosigkeit eines zukünftigen Krieges nicht in einen „Zustand pazifistischer Wehrlosigkeit einlassen“ lassen dürfe; denn die primitivsten Instinkte der Menschen könnten jederzeit wieder einen Krieg herauftreiben. Darum müsse England seine Flotte stark erhalten, sonst könnten seine Handelsschiffe schnell einmal zum Teufel gejagt werden.

„Der Mann, der den Weltkrieg beendete“

Englische Blätter bringen eine merkwürdige Geschichte über „den Mann, der den Weltkrieg beendete“. Es handelt sich um einen englischen Leutnant namens G. J. Rollings, dem es angeblich gelang, die alliierten Pläne der deutschen Verteidigungslinie zu erlangen und dadurch die erfolgreiche Offensive der Entente-Heere im September 1918 zu ermöglichen. Der wichtige Fund ist von Leutnant Rollings am 8. August 1918 getäuft worden. Eine englische Kavallerie-Abteilung unternahm mit Unterstützung von Panzerwagen einen Vorstoß gegen die deutsche Linie südlich von Arras. Die englischen Kavalleristen gelangten zu einem verlassenen Bauernhof. Das Haus schien von den deutschen Truppen in größter Eile verlassen worden zu sein. Überall auf dem Fußboden lagen tausende Papierfetzen verstreut. Die englischen Offiziere glaubten, die zerisseneten Feten hätten keine besondere Bedeutung. Leutnant Rollings dagegen meinte, es lohne sich, die Papierfetzen vom Boden aufzusammeln. Er füllte damit seinen Rucksack und ritt in die englischen Linien zurück. Der Rucksack mit den Papierfetzen wurde dem Regimentsstab übergeben, und Leutnant Rollings kümmerte sich nicht mehr um die Sache. Auch der Stab zeigte zuerst für diesen Fund wenig Interesse. Erst einige Wochen später, kurz bevor die große Offensive der Alliierten begann, wurde einem Stabsoffizier der Auftrag erteilt, sich die Papierfetzen näher anzusehen. Es erwies sich, daß ein genauer Plan der deutschen Hindenburglinie auf diese merkwürdige Weise in die Hände der deutschen Kriegsfeinde gefallen war. Jede Position, ja jede Artillerie- und Maschinengewehrstellung war darauf genau verzeichnet. Die Tragweite der feindlichen und eigenen Artillerie-Geschütze, Flugplätze und Lazarette, Kabel- und Telephonlinien waren gleichfalls angegeben. Es war für die Engländer unbegreiflich, wie ein solcher genauer Plan der gesamten deutschen Verteidigung in die vorderste Kampflinie gelangen konnte. Jedenfalls trug der Fund des Leutnant Rollings viel dazu bei, den Ausgang der Offensive der Alliierten sicher zu stellen, da das Oberkommando der Verbündeten gegen bekannte Stellungen operieren konnte.

Abrüstung nach Zonen?

„Washington Post“ will aus bester Quelle erfahren haben, daß Stimson und Grandi sich dahin geeinigt hätten, die Beratungen bei der Genfer Abrüstungskonferenz in vier Zonen einzuteilen, unter besonderer Berücksichtigung der Eigenheiten jeder Zone. Die erste Zone soll Amerika, die zweite Westeuropa einschließlich der Kolonien, die dritte Osteuropa und die vierte Asien umfassen. Die militärischen Reserven der Länder sollen nach der tatsächlichen Dienstzeit berechnet werden.

Das heißt mit anderen Worten — so bemerkt der „Jungdeutsche“ — daß auch Amerika und Italien nicht daran denken, eine wirkliche Abrüstung vorzunehmen, wie sie Deutschland als Aureus für die anderen und als bindende Verpflichtung der Siegermächte aufgezwungen wurde. Für den Völkerbund würde diese Zoneneinteilung natürlich die beste Möglichkeit geben, einer klaren Entscheidung auszuweichen und zunächst einmal die vier Zonen durch entsprechende Kommissionen auf ihre „Eigenheiten“ untersuchen zu lassen. Das schon bei einer solchen Arbeit die Gegensätze zwischen den hochgerüsteten Staaten hemmend zutage treten müssen, ist klar. Man braucht nur an Italien und Frankreich hinsichtlich des Mittelmeaproblems zu erinnern, den machtpolitischen Gegensätzen zwischen Japan und Amerika zu streiten und von dem deutbar schwierigen Ost-Europaproblem nur eine Andeutung zu geben, um eine endlose Kette von Be-

rechnungen vorauszusehen, währenddessen die Ausrüstung aller Mächte ungehindert weitergeht und schon allein dadurch jede wirkliche Abrüstung immer Hoffnungsloser wird. Offenbar führt diese Vier-Zonen-Abrüstung auf dem Völkerbundartikel 8, in dem es u. a. heißt:

„Der Rat entwirft unter Berücksichtigung der geographischen Lage und der Verhältnisse eines jeden Staates die Abrüstungspläne und unterbreitet sie zur Prüfung und Entscheidung den einzelnen Regierungen.“

Es wird immer erkennbarer, daß Deutschland von der kommenden Abrüstungskonferenz nichts, aber auch gar nichts zu erwarten hat, was seiner nationalen Sicherheit dienen könnte, sondern daß man es allerseits darauf anlegt, das trügerische Abrüstungsversprechen vom Jahre 1919 ein Trugbild bleiben zu lassen. Auch die Berechnung der Reserven (die es in Deutschland überhaupt nicht gibt!) nach der „tatsächlichen“ Dienstzeit ist eine Verschleierung der wirklichen militärischen Schlagkraft. Frankreich mit seinen rund 4½ Millionen Reserven läßt jährlich 280 000 Reservisten 20 Tage lang üben. Es hätte danach als Tagesdurchschnittsstärke rund 12 600 Mann unter den Waffen. So werden die 4½ Millionen Reserven künstlich zusammengestrichen. Der gleiche Trick des Konventionsentwurfs auf die 120 000 Reserveoffiziere Frankreichs angewandt — von denen 22 000 jährlich 17 Tage üben — würde damit für den Stichtag ganze 1000 Reserveoffiziere ergeben! Selbst die hoffnungsvollsten Internationalisten werden wohl zugeben müssen, daß eine auf solche Weise herbeigeführte „Abrüstung“ den größten Hohn auf „feierliche Versprechen“ darstellt, die man Deutschland und der Welt auch hinsichtlich der allgemeinen Abrüstung gegeben hat.

„Don Alfonso von Bourbon und Habsburg“.

Der Prozeß gegen den König von Spanien.

Der ehemalige König Alfonso XIII. von Spanien steht seit dem 20. November außerhalb des Gesetzes. Er wurde in einer stürmischen Nachsituation des spanischen gesetzgebenden Parlamentes moralisch auf das schärfste verurteilt. Der Spruch der Nationalversammlung enthält u. a. folgende erregende Sätze:

„Die Verfassung gebenden Cortes erklären den ehemaligen König von Spanien des Hochverrats schuldig, weil er seine Macht gegen die Staatsverfassung ausübt und damit der juristischen Ordnung des Landes die verbrecherischste Vergewaltigung antat. Demzufolge erklärt das revolutionäre Tribunal der Nation feierlich, daß Don Alfonso von Bourbon und Habsburg außerhalb des Gesetzes steht. Des Rechtsfriedens beraubt, kann ihn jeder spanische Bürger in Haft nehmen, wenn er jemals wieder spanisches Gebiet betreten sollte. Don Alfonso von Bourbon wird aller seiner Würden und Rechte entkleidet. Weder er selbst noch sein Nachfolger können dieselben jemals wieder erwerben. Seine sämtlichen im Lande belegenen Güter, Rechtsansprüche und Aktien werden zu Gunsten des Staates eingezogen.“

Dieser Urteilspruch ist überall in Spanien angeschlagen worden. Er wurde ferner den diplomatischen Vertretungen in allen Ländern sowie dem Völkerbund mitgeteilt, damit die ganze Welt weiß, wie es um den ehemaligen König bestellt ist.

Die Entscheidung der spanischen Nationalversammlung entbehrt nicht einer gewissen Komik. Denn ist Alfonso XIII. ein Verbrecher, als welcher er nunmehr abgestempelt ist, so hätte er nicht seinerzeit ungehindert, dazu noch mit militärischen Ehrenbezeugungen, auf einem Schlachtkreuz mit der Königsstandarte sein Land verlassen dürfen. Ungefähr ebenso ist es um die Beschlagnahme seines Vermögens bestellt. Alle Wertsachen, die er mitnehmen konnte, hat er mitgenommen. Das Schlimmste, was ihm passiert ist, ist wohl der Verlust, der ihm durch Erwerb englischer Pfundnoten entstanden ist. Ein Armer unter den Armen ist der Exkönig von Spanien immer noch nicht. Seine Würden und Titel dürfte er auch nicht sonderlich beweinen; denn er kann augenblicklich nichts mit ihnen anfangen. Wird er sie jedoch eines Tages gebrauchen können, so wird er sie vielleicht von derselben Nationalversammlung oder irgend einer ihrer Schwestern zurückverliehen erhalten. Ähnliches hat man bereits wiederholt erlebt. So unter anderem bei den Ahnen des Königs Alfonso XIII., den französischen Bourbons. Louis XVI. von Frankreich wurde während der großen französischen Revolution nicht nur enthauptet, sondern auch zusammen mit seiner Gattin, Marie Antoinette, enthauptet. Aber kaum 20 Jahre später ließ sich dasselbe Frankreich von dem Bruder des königlichen „Verbrechers“, Louis XVIII., regieren. So durfte Don Alfonso das Urteil der Nationalversammlung mit philosophischer Ruhe entgegengenommen haben.

Vielleicht wäre es für ihn gewesen, wenn er in Spanien geblieben wäre. Dann hätte er sich auf manches gesetzt machen müssen. Dann könnte für ihn jeden Augenblick Lebensgefahr entstehen. Zar Nikolaus II. von Russland wurde nach seinem Thronverzicht zunächst in Schüßhaft genommen, dann unter Bewachung verbannt und schließlich erschossen. Ursprünglich sollte er nach dem Ausland abgeschoben werden, aber die Regierung seines Vetters Georg V. von England, verweigerte der Barenfamilie die Einreise. Das war im Frühjahr 1917. Im Sommer 1918 war die Barenfamilie tot. König Alfonso muß es als ein Glück buchen, daß er sofort nach dem Umsturz das Land verlassen konnte. Keine nachträgliche Verurteilung kann ihm etwas anhaben.

Und doch hat der Spruch der Nationalversammlung immerhin eine gewisse Bedeutung. Bekanntlich hat Alfonso XIII. formell keinen Thronverzicht geleistet. Er hat sich nur „von den Regierungsgeschäften vorübergehend zurückgezogen“, sich also sämtliche Königsrechte vorbehalten. Die Verurteilung durch die Verfassung gebenden Cortes bedeutet juristisch gewissermaßen einen Abschluß des Götthronungsverfahrens. Don Alfonso von Bourbon und Habsburg gilt von nun an in Spanien nur noch als ein Hochverräter, ja als ein Vogelsreiter. Die Formel „außerhalb des Gesetzes“ hatte in früheren Zeiten eine für den Verurteilten recht peinliche Wirkung: er konnte nämlich von jedem, der ihn erkannte, straflos getötet werden. Ja, mehr noch: er mußte getötet werden. Don Alfonso darf bei seinem Erscheinen auf spanischem Boden nicht von jedem Spanier

Bei Diskrepanz regt der kürzliche Gebrauch des natürlichen „Franz-Josef“-Bitterwässers die Darmtätigkeit kräftig an und macht den Körper schlank. In Apotheken und Drogerien erhältlich. (802)

getötet, sondern nur verhaftet werden. Das ist immerhin eine zeitgemäße Milde. Es ist jedoch nicht anzunehmen, daß der ehemalige König unter den heutigen Umständen einen Abstecher nach Spanien machen wird. Nehmt er eines Tages nach Spanien zurück, dann wohl als König. Die Wahrscheinlichkeit dafür ist augenblicklich gering. Aber sie kann eines Tages größer werden.

Kalender.

III. Evangelischer Volkskalender 1932.

Herausgegeben zum Besten der Evangelischen Diakonissenanstalt in Posen von Pastor M. Sarowry, 72. Jahrgang, Verlag der Evangelischen Diakonissenanstalt, Posen 1932. Preis: 1,75 Zloty.

Im Zusammenhang mit unseren übrigen Hetmatkalendern betrachtet, ist der Diakonissenhaus-Kalender schon ein gesegneter Kreis. Diesem Umstand verdankte er nicht zuletzt seine Verbreitung. Er hat trotzdem in den letzten Jahren noch sein Gewand gewechselt und ist ganz neu geworden; nicht nur mit seinem geschmackvollen Umschlag, sondern auch mit den trefflichen Vignetten im Kalendarium und dem größten Teil des anderen Bildwerks. Unter einem eindrucksvollen Titelbild steht am Eingang ein Gedicht „Bergsegen“ von Generalsuperintendent D. Blau, der auch noch drei Skizzen über „Einsame Menschen“ beigelegt hat. Seines 70jährigen Geburtstages am 15. Mai 1931 wird gleichfalls in diesem Jahrbuch gedacht. Es entspricht dem evangelischen Charakter des Kalenders, daß die Hundertjahrfeier des Gustav-Adolf-Vereins, der 300jährige Todestag des Schwedenkönigs und das 200jährige Jubiläum der Herrnhuter-Mission, die alle drei im kommenden Jahre begangen werden, besondere Beachtung finden. Aber auch die Wiederkehr des 100jährigen Todestages von Johann Wolfgang von Goethe findet Erwähnung. Das Gedächtnis der am 31. März 1931 verstorbenen Oberin des Posener Diakonissenhauses, Schwester Ida Laube, wird auf einem besonderen Blatt gefeiert. Ein Aufsatz von Pastor Lößler in Lódz führt uns in das Zentrum der Weberei in Polen ein, während Direktor Müller in Stanislau über die Erdöllindustrie in Ostgalizien plaudert. Dann folgt eine Reihe von Erzählungen und Gedichten zum Studium an langen Winterabenden.

Ganz hinten, im Anschluß an den Anzeigenenteil, stehen — schon auf dem Karton des Umschlags — die Bedingungen für die Aufnahme als Probenschwester in das Diakonissenmutterhaus in Posen. Man soll an dieser Seite nicht achtlos vorübergehen, sondern zweierlei ernsthaft bedenken: zunächst den Segen, der in reichem Maße von diesem großen Liebeswerk in unser Land ausgegangen ist, und an dem nicht nur die evangelischen Gemeinden, sondern alle Konfessionen und Nationen teilhaben. Sodann sollen wir uns darauf besinnen, daß neben dem Amt als Hausfrau und Mutter der Schwesternberuf der natürlichste und dankbarste Frauenberuf ist, den man sich vorstellen kann. Dankbar, — wenn man nicht auf den klingenden Lohn sieht, sondern auf den Wert und die Unentbehrlichkeit der Arbeit. Wer einmal beobachten konnte, Welch unerhörte Fülle von Diensten bei Tag und Nacht etwa die Gemeindediakonissen von Bromberg gerade in dieser Zeit der Arbeitslosigkeit zu leisten haben, dem erscheint es unbegreiflich, daß sich nicht viel mehr Hände finden, die diese Schwerarbeiter im wahren Sinne des Wortes dadurch unterstützen, daß sie sich selbst dem Dienst dieser christlichen Liebestätigkeit zur Verfügung stellen, oder dem Haus und seinen Schwestern die nötigen Mittel an die Hand geben, um das Elend, das ihnen ständig entgegentritt, so lindern zu können, wie sie es wünschten. Wenn die Berufswahl gerade unserer weiblichen Jugend Schwierigkeiten macht, dann kann ihr nicht eindringlich genug die Notwendigkeit und die innere Befriedigung des Diakonissenberufs vor Augen gestellt werden. Viel goldene Schätze kann man heute in keinem Beruf erwerben; aber hier findet man eine Gemeinschaft gleichgesinnter Mitarbeiterinnen und eine Gemeinde dankbarer Pfleglinge über das Grab hinaus. Auch das ist ein Zweck des Evangelischen Volkskalenders, daß er an seinem Teil der Schwesternschaft des Diakonissenhauses in ihrer Arbeit helfen will. Deshalb wünschen wir ihm die weiteste, auch dem billigen Preis entsprechende Verbreitung.

Graudenz.

Die schönsten Dauer- und Wasserwellen im „Figaro“, Nr. 14.

Frauenfleiß. Handarbeits-Ausstellung im Tivoli.

Pension „Figaro“, Szwedla, Kr. 14.

Von einer dtsch. Gymnasiastin gel. off. u. Nr. 10582 d. a. Geistl. A. Kriede, Grudziądz.

Eine gold. Damenarmbanduhrenverg. a. d. Wegev. ul. Mieczysława ul. Dworcowa.

Meldung. an Stempel. ul. Dworcowa 31. 10677

Handarbeits-Ausstellung im Tivoli.

1.-3. Dezember, von 10-20 Uhr. Eröffnung: Dienstag 16 Uhr. Teeabend u. Konzert. Am 2. Tage 17 Uhr. Kaiserle-Theater. Eintritt frei.

Ausstellungsgesamtstände am 27., 28. und 29. d. Monats von 1/10

12 u. 15-17 Uhr, im Tivoli abzugeben.

Außer dieser Zeit keine Abnahme.

10669

Arbeitsgemeinschaft

deutscher Frauen.

Curt Ullmann Hoch- u. Tiefbau. Entwurfbearbeitung Holzhandel

Grudziądz Dworcowa 7-9 Telefon 182

1069

Ondulation 80 Groschen 1069

Doerksen, ul. Bracta 7.

Für die uns zu unserer Silber-Hochzeit erzielten Aufmerksamkeiten sagen wir unser herzlichsten Dank. Schwarzbruch, den 20. November 1931. 10672 Heinrich Sodtke und Frau.

10673

10674

10675

10676

10677

10678

10679

10680

10681

10682

10683

10684

10685

10686

10687

10688

10689

10690

10691

10692

10693

10694

10695

10696

10697

10698

10699

10700

Hitler vor den Toren!

In der „Gazeta Warszawska“, dem führenden nationaldemokratischen Organ, schreibt der Senator Kozielski unter dieser Überschrift einen Aufsatz, der Beachtung verdient.

Kozielski schreibt:

Die Übernahme der Macht durch Hitler ist mehr als wahrscheinlich; nicht nur deshalb, weil die deutsche öffentliche Meinung auf seine Seite tritt, was sich in seinen Wahlerfolgen ausdrückt, sondern auch deswegen, weil die Lage der inneren Verhältnisse und die internationale Lage dazu drängen. „Die Regierung Dr. Brünings hält sich heute nur noch deshalb, weil sie zur Erlangung der finanziellen Hilfe des Auslandes nötig ist. Die entscheidenden Kreise in Deutschland rechnen noch darauf, daß es gelingen werde, Frankreich dazu zu bewegen, sich für die Rettung Deutschlands zu engagieren; sie nehmen an, daß verschiedene internationale Faktoren (in erster Linie jüdische) vieles tun werden, um Hitler, der seinen extremen Antisemitismus nicht verbirgt, nicht zur Macht kommen zu lassen.“

Die Drohung mit Hitler, ist ein Mittel der Pression auf Frankreich und andere Staaten...

Doch einmal ist es ziemlich zweifelhaft, ob die „Durchschnittsfranzosen“, d. h. die Besitzer von Ersparnissen gestatten werden, diese Ersparnisse in Deutschland anzulegen, sedam — wenn dies sogar geschiehe — so wäre dies nur ein Aufschub des deutschen Bankrotts, bei dem Deutschland nach einiger Zeit wieder vor der Notwendigkeit stehen würde, Hitler die Macht zu übergeben. Nach unserer Überzeugung muß das geschehen: es ist nur die Frage: in welchem Beitrage?

Unter diesen Bedingungen muß man sich schon heute davon Rechenschaft geben, welche Folge die Übernahme der Macht durch die nationaldemokratische Partei haben könnte. Entgegen der verbreiteten Meinung, glaube ich nicht, daß deswegen internationale Konflikte zu befürchten wären. Der extreme Nationalismus der Hitlerleute und ihr Programm weitgehender territorialer Aspirationen im Osten sind bekannt. Jedoch ist die wirtschaftliche und finanzielle Lage Deutschlands derart, daß sie an die Hervorrufung eines bewaffneten Konflikts nicht denken können. Das weiß Hitler sehr gut und es irren diejenigen, welche glauben, Hitler sei ein unzurechnungsfähiger Herrscher, der zu den riskantesten Unternehmungen bereit sei. Sowohl aus der aufmerksamen Lektüre seiner Schriften als aus den Zeugnissen derjenigen, die ihn kennen, geht hervor, daß er ein die Dinge real betrachtender, im Grunde gemäßigter und bedachtnahmer Mann ist. Er wird von seinem Ostprogramm nicht ablassen, weil er es nicht kann; er wird aber heute keinen Versuch machen, es auf gewaltsamem Wege zu realisieren.

Dagegen wäre die Ankunft Hitlers auf einem anderen Gebiete der Anfang revolutionärer Maßnahmen, nämlich auf wirtschaftlichem Gebiete.

„Die Regierung Hitlers wird die Folge der Enttäuschung bezüglich der Kredithilfe von außen sein. Sie wird vor die Notwendigkeit gestellt sein, die deutsche Volkswirtschaft mit den eigenen Händen zu retten. Wenn wir nicht irren, stehen hinter Hitler gewisse Leute, aus deutschen wirtschaftlichen Kreisen, welche sehr bestimmt in manchen bezüglich des Auswegs aus der jetzigen Lage haben. Dieses Programm beruht auf der Reduktion der Produktionsmaschine Deutschlands und auf der Kreditdeflation. In der Nachkriegsperiode hat Deutschland seine Produktionsmaschine übermäßig und über seinen Bedarf hinaus ausgebaut; die Krise bewirkte, daß die Produktion zum Teil im Leerem arbeitet. Es gibt Deutsche, welche sagen, daß man zu harten Grundlagen zurückkehren muß; man muß die Produktion reduzieren, die weitere Kreditsuche aufgeben und die bestehenden Belastungen so schnell wie möglich loswerden (sohn in den Mitteln wählbar zu sein). Gleichzeitig verhindern dieselben Deutschen die Schlagworte der Verminderung der Produktionskosten durch Herabsetzung der Gehälter und Reduktion der Belastungen, die sich aus den sozialen Leistungen ergeben. Um das durchzuführen, muß man die Macht der Gewerkschaften, in erster Linie der sozialistischen, brechen! Und hier ist die Rolle vorgesehen, welche die Scharen Hitlers zu spielen haben werden. (Das ist grundsätzlich gedacht, wie der nebenstehende Aufsatz Gregor Straßers beweist.)

„Im nationalsozialistischen Lager denkt und schreibt man viel über wirtschaftliche Fragen; dieses Lager besitzt noch kein klares Programm; aber es verkündet sehr deutlich die Lösungen: des Kampfes gegen den Bankenkapitalismus, die Abkehr vom Golde, als der Grundlage des Geldes (unter Verwahrung gegen die Inflation), die staatliche Kontrolle über das wirtschaftliche Leben, die korporative Organisation der Gesellschaft. Es gibt in diesem Programm Berührungspunkte mit dem Faschismus, andere Punkte sind höchstens (2); es gibt viel Nebelhaftigkeit und verschwiegene Dinge; eines aber ist offenbar, daß das Betreten des Weges zur Realisierung eines derartigen Programms zu einer tiefen Umwälzung in den deutschen wirtschaftlichen Verhältnissen führen würde, einer so tiefen, daß man sie revolutionär nennen kann.“

„Angesichts der Weltkrise sind die wirtschaftlichen Folgen der Übernahme der Macht durch Hitler bestimmter als sein auswärtiges politisches Programm bezüglich der territorialen Änderungen. Unsere nahe Nachbarschaft mit Deutschland und die immerhin bedeutenden wirtschaftlichen Beziehungen (also doch?! D. R.) würden einen Widerhall der deutschen Veränderungen in unserer Volkswirtschaft hervorrufen. Man sollte rechtzeitig an diese Dinge denken, um nicht überrumpelt zu werden. Man muß auch anhören, die Hitlerleute als unzurechnungsfähige Hazardiere zu behandeln; man muß dagegen anfangen, von ihnen als einem Lager zu denken, das an das Stenzenruder der deutschen Politik treten und in ihr ein neues Programm und neue Methoden einführen wird. Die Erforschungsbestrebungen Deutschlands im Osten sind für Polen ein allzu wichtiges Problem, als daß wir uns gestalten könnten, die Urteile darüber, was in Deutschland geschieht, auf falsche Informationen und irrtümliche Beurteilungen zu stützen.“

Dieser Schlussatz steht zwar einigermaßen im Widerspruch mit der Hauptidee des Aufsatzes, doch lassen wir gerne diesen Widerspruch unberücksichtigt und legen ihn der Macht der Gewohnheit zur Last, tagaus tagin von dem bevorstehenden Anschlag Deutschlands auf die polnische Westgrenze zu schreiben. Es zeigt sich nun, daß die „Deutsche Gefahr“ an der Westgrenze auch den Nationaldemokraten gar nicht so dringend erscheint, als daß die täglichen endelichen Alarmrufe berechtigt und ernst zu nehmen wären. Senator Kozielski, einer der maßgebendsten Führer der Endecja, bekannte sich also zur Überzeugung, daß nicht einmal Adolf Hitler wirklich an einem bewaffneten Einfall in Polen denken kann, schon deswegen nicht, weil Deutschland die finanziellen Mittel dazu fehlen — trotz der Versicherungen sowohl der endelichen als auch der Regierungsprese, daß Deutschland schon kriegsbereit wäre und nur den günstigen Moment abwarte, um den geplanten Gewaltstreich auszuführen.

Die sozialpolitische Einstellung der Nationalsozialisten

In der letzten Sonntag-Ausgabe des „Völkischen Beobachters“ beschäftigt sich Gregor Straßer, der als einer der gemäßigtesten Führer des Nationalsozialismus gilt, in einem „Sozialreaktion“ überschriebenen Artikel grundsätzlich mit der sozialpolitischen Einstellung des Nationalsozialismus.

Er schreibt darin u. a.: „Der neueste Schlag, der gegenwärtig auf allen gegnerischen Grammophonen erklingt, ist das neue und doch alte Lied, daß eine von uns gebildete Regierung nichts anderes sei als eine Regierung gegen den deutschen Arbeiter... Das Wort „Sozialreaktion“ bedeutet im Mund unserer Gegner: Ablehnung der Gewerkschaften des Schichtungs- und Tarifwesens sowie Verschlagung der Sozialversicherung... Daß in der heutigen Entwicklung des ganzen Wirtschafts- und Produktionsablaufes das einmal vorhandene und damals berechtigte patriarchalische Verhandlungssystem nicht mehr möglich ist, ist klar. Andererseits kann der einzelne Arbeitnehmer die Vertretung seiner Interessen dem Arbeitgeber gegenüber aus persönlichen und sachlichen Gründen ebenso wenig durchsetzen, wie das der einzelne Arbeitgeber und Produzent kann, der sich deshalb zu Arbeitgeberverbänden, Syndikaten und Konzernen zusammen geschlossen hat. Genau so notwendig und in bestimmtem Sinne berechtigt, wie diese sind darum die Gewerkschaften als die Organisationen zur Vertretung der beruflichen, standesmäßigen und wirtschaftlichen Interessen der Arbeitnehmer. Die NSDAP. hat zu jedem Zeitpunkt ihrer Parteigeschichte die Gewerkschaften und ihre Zukunftsberechtigung anerkannt und gefordert. Adolf Hitler hat in dem grundlegenden Werk des Nationalsozialismus „Mein Kampf“ das ausdrücklich und einwandfrei festgelegt.“

Auf dem Parteitag 1929 in Nürnberg hat die Sondertagung für gewerkschaftliche und sozialpolitische Fragen unter dem Vorsitz des Reichstagsabgeordneten Stöhr, eines alten Kämpfers in der nationalen Gewerkschaftsbewegung, in einer programmatischen, von dem Führer der Partei ausdrücklich bestätigten Erklärung, die an die gesamte Presse ging und im „Völkischen Beobachter“ veröffentlicht wurde, zu dem Problem der Gewerkschaft absolut positiv und deutlich Stellung genommen. Selbstverständlich ist es, daß so, wie im nationalsozialistischen Staat kein Mensch und keine Organisation die einzige das Leben und die Existenz verbürgende Verbundenheit mit dem ganzen Volk und das Bekenntnis zum deutschen Staat ablehnen kann und wird, auch die Gewerkschaften prinzipiell die Nation bejahen müssen. Internationale und volkszerstörender Klassenkampf in der Gewerkschaft sind daher schlechterdings unmöglich und werden niemals geduldet werden.

Vom Anfang ihrer Geschichte an hat die NSDAP. prinzipiell sich zu einem standesmäßigen Ausbau des Staates befaßt. Im Ständedankens an sich liegt aber die weitgehende Heranziehung der Arbeiter und Angestellten zur Mitarbeit, zu größeren Rechten, aber auch größeren Pflichten. Für den theoretisch und praktisch jederzeit denkbaren Fall, daß vor allem wirtschaftliche Wohn- und Berufsfragen trotz der neuen, unter dem Gewölbe des sittlichen Staates der Volksgemeinschaft stattfindenden Verhandlungsmethode zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, nicht in Übereinstimmung gelöst werden können, übernimmt automatisch die Entscheidung der Staat selbst. Der Schlichter des nationalsozialistischen Staates ist die Verkörperung seiner Macht und Größe seines Verantwortungsbewußtseins und eminent sozialen Gestaltungswillens, seine Entscheidung dient nur einem, dem Volke.

Dass in Zeiten wirtschaftlicher Depression und einer ungeheuren Arbeitslosigkeit, in denen Millionen darauf warten, um jeden Preis Arbeit zu erhalten und anzunehmen, das Tarifrecht eine erhöhte Bedeutung hat und haben muß, kann niemand bestreiten. Am wenigsten werden wir es tun, deren Parteigrundzak von Anfang an in dem Leitsatz „Gemeinnutz vor Eigennutz“ ausgedrückt war. Darum bejahren wir das Tarifrecht. Darüber hinaus aber bejahren wir das Leben und die wertschaffende Arbeit als einzigen Wertmaßstab des neuen Wirtschaftsbegriffes und darum dürfen Prinzipien und Systeme nicht lebensfeindlich werden. Mit anderen Worten: Es kann Seiten und Umstände geben — Exportmöglichkeiten, die bejaht und durchgeführt werden müssen — die Ausnahmen vom Tarifrecht notwendig machen. Solche Ausnahmen sind nach unserer Auffassung dann zulässig, wenn sie vom Schlichter des Staates, nicht vom privaten Unternehmer als notwendig nach genauerer Prüfung anerkannt werden und wenn vor der Herauslegung der Tarife die üblichen Abschreibungen und Unternehmergewinne nach dem Grade der sozialen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit auf das höchstzulässige Minimum herabgesetzt sind.

Niemals haben wir Nationalsozialisten den ethischen und wertvollen Sinn der von dem Reaktionär Bismarck geschaffenen Sozialgesetz verkannt. Im Gegenteil, wir haben immer darauf hingewiesen, daß der Staat von 1918 letzten Endes nur durch seine Politik der Erfüllung und Machtlosigkeit diese Sozialgesetzgebung zerstört. Gerade um die Aufgaben der Sozialversicherung gegen die Kranken, Hilfsbedürftigen und Invaliden durchzuführen zu können, verlangen wir in den Thesen unseres Pro-

Freude haben Eltern

nur an gesunden Kindern, während leidende eine ewige Sorge bestehen. Darum ist die Zuschrift von Frau F. Jacek, Siemianowice, Matejki 22, für alle Eltern, die um ihre Kinder bedacht sind, von großem Interesse. Frau J. schreibt u. a.: Das Wachstum und das Gedächtnis meines Kindes litt wie bei vielen Kindern, ohne daß die Eltern es wissen oder gar glauben, an Rachitiserscheinungen, verbunden mit Bleichsucht, Blutarmut und Appetitlosigkeit. Ich habe mich daher entschlossen, dem Kind Scott's Emulsion zu geben. Erst befürchtete ich, daß das Kind das Präparat nicht nehmen würde, aber das Gegenteil war der Fall. Unser kleine Hennekk bestand auf seiner täglichen Ration. Schon nach drei Monaten war der Erfolg verblüffend — von Rachitis, Bleichsucht war keine Spur zu merken. Das Kind bekam einen Bärenappetit und entwickelte sich zusehends an Körper und Geist. Es ist heute ein gesundes und gemachtes Kerlchen. Diesen Erfolg habe ich einzig und allein der Scott's Emulsion zu verdanken! Es ist erstaunlich wie Scott's auf das Gedächtnis der Kinder wirkt — so erteilen ungähnliche Eltern! In allen Staaten der Welt gibt jede gute Mutter ihrem Kind die natürliche Vitamin-Nahrung Scott's Emulsion, welche das Wachstum fördert und dem Körper genügende Widerstandsfähigkeit gegen Infektionskrankheiten wie Grippe, Keuchhusten usw. gibt. Scott's Emulsion ist angenehm im Geschmack, wird gerne genommen und bestens vertragen. Doch muß es die echte sein! Deshalb verlange nun in allen Apotheken und Drogerien nur Original Scott's Emulsion! Es gibt nichts besseres!

gramms: Ausbau der Sozialversicherung. Einführung (?) einer Alters- und Pensionsversicherung. Und nach der langen Reihe der Krankenkassen-Skandale, der sinnlosen Ausgabenwirtschaft bei Neubau von Palästen und aus verlogener Humanität entstandene Anstalten, sind nur diejenigen Sozialreaktionäre zu nennen, die mit verlogenem Geschrei von Sozialgesetzfeindlichkeit plärren, wenn man den eisernen Besen gegen die Ludwirtschaft sozialdemokratischer Fansänger und Futterkrippenbesitzer bei den Krankenkassen anwenden will. Ebenso wird man in der Zukunft nicht darum herumkommen können, diejenigen in irgend einer Form zu entschädigen, die nicht in der im marxistischen System der Verantwortungslosigkeit und Leistungserstörung üblichen unvergeltig fertigten Menschen zu betätigen. Auch hier hat die NSDAP. offiziell noch niemals zu vorliegenden Vorschlägen positiv und für sie bindend Stellung genommen, sondern wird ihren Gesetzentwurf im entscheidenden Moment vorlegen.

Das ist die Sozialreaktion der Nationalsozialisten. Diese Sätze sind nicht neu formuliert, sondern Gemeingut der Bewegung seit ihrer Entstehung. Die Angriffe der letzten Zeit allerdings hatten die Gelegenheit erbracht, sie nochmals genau zu überprüfen und in autoritativen Gesprächen mit führenden Herren einer nationalen Gewerkschaft im Rahmen des Deutschen Gewerkschaftsbundes klar und deutlich herauszustellen. Wenn der Vorsitzende der Deutschnationalen Partei, Herr Geheimrat Eugenberg, ausdrücklich von uns als „Sozialisten“ abrückt, ist er vollkommen im Recht, und wir sind mit diesem Sichabscheiden einverstanden.

Wir sind aus dem Erleben des Krieges und unseres Kampfes um die deutsche Seele heraus deutsche Sozialisten, d. h. Männer, die fern von Klassendünkel und Standeshochmut nur eines anerkennen: Leistungsprinzip, Gemeinschaftsgeist und Verantwortung vor dem gesamten Volk, gleichberechtigt in allen Ständen und Berufen.“

Rundfunk-Programm.

Mittwoch, den 25. November.

Königsbergerhausen.

06.50 ca.: Von Berlin: Frühkonzert. 09.00: Berliner Schulfunk: Aus der Geschichte der Berliner Bezirke (II). 12.00: Weiter. Anschl.: Neuestes auf Schallplatten. 14.00: Von Berlin: Konzert. 14.45: Kinderstunde: Von der Königin, die keine Pfeiferfänge haben, und dem König, der nicht das Brummen spielen wollte. 15.45: Frauenstunde: Wirtschaftsberaterin und häusliche Hauswirtschaft. 16.30: Von Hamburg: Konzert. 17.30: Dr. Ernst Feder: Das internationale Journalistentribunal im Haag. 18.00: Boxkämpfer des britischen Weltreichtums (I): Joseph Chamberlain. 18.25: Ein Besuch bei den Wallängern Südbayerns. 19.10: Von Berlin: Rechtsfragen des Tages. 19.30: Von Leipzig: Feinkonzert. 21.45: Von Frankfurt: Unter Abend. 23.40–00.30: Von Berlin: Tanzabend.

Breslau-Gleiwitz.

06.45: Schallplatten. 11.00: Viertelstunde Foto-Unterricht. 11.35, 13.10 und 18.30: Schallplatten. 12.10: Von Gleiwitz: Für den Landwirt: Leistungskontrolle im Dienste der heimischen Tierzucht. 15.20: Elternstunde: Was soll unsere Jugend lesen. 15.45: Frauenstunde: Wirtschaftsberaterin und häusliche Hauswirtschaft. 16.30: Von Gleiwitz: Das Buch des Tages. 17.20: Von Gleiwitz: Die chinesische Flöte. Nachrichten chinesischer Lyrik von Hans Beige. 18.30: Von Gleiwitz: Abendmusik. 20.00: Unterhaltungskonzert der Funkopelle. 21.10: „Familie Seelitz“, Hörspiel nach dem Drama von Arno Holz und Johannes Schlaf. 23.00–00.30: Von Berlin: Tanzmusik.

Königsberg-Danzig.

07.00 ca.: Frühkonzert (Schallplatten). 11.15: Landfrauenfunk. Die Haushälterin. 11.40–12.55: Königsberg: Schallplatten. 14.00: Elternstunde: Wie die Glocken zu Onkel Rolf sprechen. 16.15: Elternstunde: Was soll unsere Jugend lesen. 16.45: Konzert. Orchester des Königsberger Opernhauses. 18.30: Autorenstunde: Eugen Dricer: Flucht als Symptom der Zeit. 19.00: Stunde des Kaufmanns. 19.25: Weiter. 20.15–23.30: Von Frankfurt: Unter Abend. 23.30–00.30: Von Berlin: Tanzmusik.

Worpsaw.

18.35, 18.55, 14.15: Musik. 14.50: Schallplatten. 15.50: Schallplatten. 18.40: Schallplatten. 17.35: Tschadowitsch. 21.20: Konzert. 19.30: Schallplatten. 20.15: Mandolinekonzert. 21.20: Violinvortrag. Adilis Fachir. 22.10: Schallplatten. 22.45: Prof. C. Giesecke: Vortrag in deutscher Sprache: Das Prinzip der moralischen Abrüstung. 23.00–24.00: Tanzmusik und leichte Musik.

Briefkasten der Redaktion.

E. P. K. Wir glauben nicht, daß Ihnen bei der Übereignung einer Parzelle an die Tochter Schwierigkeiten gemacht werden. Sie müssen einen Übereignungsvertrag abschließen und die Auffassung beantragen. Vermutlich wird die Erledigung sich etwas lange hinzehalten, aber es ist nicht wahrscheinlich, daß die Genehmigung versagt wird. Durch Verpackung kann der Zweck nicht erreicht werden.

M. L. Meyers Lexikon und Meyers Konversationslexikon ist und das selbe. Der neue offizielle Titel des Werkes lautet „Meyers Lexikon“. Das Werk erscheint in 12 Bänden.

O. G. Nr. 1893. Der Begriff „Opian“ hat für den Außenhandel in Polen keine Bedeutung. Der „Opian“ ist jetzt nur „Ausländer“, und wird in Polen so behandelt wie andere Ausländer. Der deutsche Opian kann also zu jeder Zeit nach Polen reisen, vorausgesetzt, daß er einen deutschen Pass und ein polnisches Bismarck hat. Anträge irgendwelcher Art zur Einreise nach Polen sind nicht erforderlich, es genügt, wie gesagt, der Pass und das Bismarck.

Wirtschaftliche Rundschau.

Börsenspiegel der Woche.

Die Berichtswoche vom 16. bis 22. November war an den internationalen Geld- und Effektenbörsen von zwei Erscheinungen beherrscht, die ihre Einflüsse mit Nachdruck geltend machen. Zunächst einmal ist es das Anti-dumping-Gesetz in England, das eine besondere Variation in den englischen Schutzzollstendenzen genannt werden muss. Dieser außerordentliche Schritt Englands wird seine Auswirkungen im gesamten Welthandel finden, unmittelbar betroffen wird jedoch der kontinentale Europahandel werden. Die außenhandelspolitische Gestaltung der zahlreichen Staaten Europas, die politische Trennung einheitlicher Abzugsgebiete hat im Laufe der Nachkriegszeit eine vom falschen Protektionismus geleitete Entwicklung gebracht, die einen großen Teil der europäischen Länder zu vielfachen Dumping-Exporten zwingt. Der Hauptabnehmer, besonders für landwirtschaftliche Erzeugnisse, ist England. Das freiändlerisch gefühlte England musste zu Abwehrmitteln greifen, sie müssen ihre Anwendung finden, auch wenn die innerpolitische Lage durch den Wahlausgang nicht nach der Seite der Konservativen hingeneigt hätte.

Die erwartete Reaktion ist jedoch bis dahin noch nicht eingetreten. Die Pfundstabilisierung hat dadurch nicht die notwendigen Kräfte erhalten. Die Bekanntgabe des Antidumpinggesetzes gab keine Anregung, im Gegenteil, die Tendenz zeigte allgemeine Neigung zur Schwäche. Auch in den folgenden Tagen, selbst am Wochenende, machte sich noch keine Belebung geltend. Die erwartete Erleichterung des Börsenverkehrs blieb selbst in London aus. Am Wochenende notierte das Pfund in London gegenüber New York 3,76%, gegen Paris 96%, Brüssel 27%, Amsterdam 9%, Zürich 19%, Berlin 15% und Warschau 34,00.

Deutsche Anleihen litten in London unter diesen Erscheinungen. Siebenprozentige Dawes-Anleihe lag bei 69, 51/2%. Young-Anleihe bei 54. Paris wurde von der durch den Misserfolg der Aufwertung ausgelösten Baissestimme beherrscht. Diese Stimmung machte sich selbst an der Devisenbörse in einer stark abwertenden Haltung bemerkbar, die nicht zuletzt von den englischen Vorgängen diktiert wurde. Am Wochenende lag hier das Pfund bei 96,50 mit einer Neigung zum Abwärtsdrall. Der Dollar lag fest bei 25,50.

Deutschlands Geldbörsen wurden und werden von einer zweiten Erscheinung bestimmt, die vom Standpunkt des deutschen Außenhandels und der gesamten europäischen Handelsbeziehungen überaus bedeutungsvoll ist. Gemeint ist Deutschlands Devisenzwangsbeschränkung. Die wirtschaftliche Bedeutung dieser Maßnahme ist besonders schwierig, da auch andere Länder (Ungarn, Österreich, Estland usw.) ähnliche Maßnahmen getroffen haben. Die Börsen und alle damit verbundene Wirtschaftsschichten müssen naturgemäß darunter leiden.

Die Warschauer Börse stand in diesen Tagen unter den Eindrücken der internationalen Ereignungen. Es herrschte eine Unklarheit vor, die sich in der uneinheitlichen Gestaltung am Devisenmarkt auswirkt. Auslandsdevisen wurden im allgemeinen in Warschau nicht stark gefragt, vielmehr lag Neigung zur Abschwächung vor. In großen Umsätzen kam es nicht. Die Bank Politi hat Noten der Vereinigten Staaten von Nordamerika in jeder beliebigen Menge abgegeben. Der Dollar U. S. lag fest. Die Reichsmark notierte im Verkehr zwischen den Großbanken 21,50–21,70. Im Privatverkehr mache sich wieder ein Interesse für den Goldrubel bemerkbar.

Der Markt der Wertpapiere war uneinheitlich. Für festverzinsliche Werte gab es nur wenig Interesse, nicht viel besser war es am Aktienmarkt. Bank Politi-Aktien notierten 110,00, Euro-Dollar-Anleihe 61,00, 7% proz. Pfandbriefe der Agrarbank 88,25, 8% proz. Pfandbriefe der Agrarbank 94,00, 7% proz. Pfandbriefe der Bank Gospodarstwa Krajowego 88,25, 8% proz. Pfandbriefe der Bank Gosp. Kraj. 94,00.

Konferenz des Verbandes der Zuckerfabrikdirektoren.

Unter dem Vorsitz des Präsidenten Grzybowksi fand in diesen Tagen in Warschau eine Versammlung des Verbandes der Zuckerfabrik-Direktoren Polens statt. Auf der Versammlung kamen die Arbeiten der diesjährigen Zuckerkampagne zur Sprache. Es wurde im allgemeinen hervorgehoben, daß die Zuckerverarbeitung einen normalen Lauf nehme, obwohl im allgemeinen festgestellt werden muß, daß die Zuckerrüben der diesjährigen Ernte besonders wasserhaltig und wenig fest seien und den Anschein erwecken, als ob sie nicht ausgereift sind. Aufgrund dessen ist die Zuckerrübenverarbeitung wesentlich schwerer und erfordert mehr Zeit. Die Zufuhr der Zuckerrüben an die Zuckerfabriken vollzieht sich demgegenüber schnell und sorgfältig. Man will diesen Umstand auf die geringeren Quantitäten und auf die günstigen atmosphärischen Bedingungen im Laufe der letzten Zeit zurückführen. Es wurden fernerhin die Fragen einer Ergänzung derjenigen Zuckerkontingente durch solche Plantatoren erörtert, deren Ernte-Ergebnisse als nicht ausreichend zur Deckung der kontraktlichen Menge hingestellt werden müssen.

Es wurde ferner ein Referat gehalten über die Möglichkeit, eine größere Zahl von Arbeitsplätzen im Bereich der Zuckerfabriken zu beschaffen. Die Einführung von irgendwelchen Änderungen im engen Fabrikbetriebe habe als unmöglich zu gelten, umso mehr, da der technische Charakter der Zuckerfabriken es nicht zulasse, daß Arbeiten, selbst sogenannte Hilfsarbeiten unqualifizierter Kräften überlassen werden können. Die Konferenz diente schließlich noch Verbandsfragen.

Meliorations-Konferenz.

Am 19. d. M. fand im Landwirtschafts-Ministerium in Warschau eine Konferenz statt, die den Fragen der landwirtschaftlichen Melioration gewidmet war. Den Vorsitz führte der Landwirtschaftsminister Dr. Janta-Polezynski, anwesend waren ferner der Agrarreformminister Kołłowski, der Präsident der Zentralen Landwirtschaftsverbände Karwacki u. a. Auf der Konferenz wurde die Angelegenheit einer Zinsermäßigung der von der Staatslichen Agrarbank erteilten Meliorations-Kredite erörtert. Es wurden zugleich diejenigen Mittel erwogen, welche zu diesem Zweck führen könnten. Es wurde insbesondere die Abänderung des Gesetzes über den staatlichen Fonds zur Erteilung von landwirtschaftlichen Meliorations-Krediten in den Bereich der Besprechungen gezogen, wobei zum Ausdruck gebracht wurde, daß die aus diesem Fonds zur Verfügung stehenden Mittel nur für sehr einfache Meliorations-Arbeiten Verwendung finden sollen. Zugleich kam die Angelegenheit einer besonderen Fürsorge für die Wassergeriesel-Elfschaften zur Ausprache. Es wurde dabei hervorgehoben, daß eine besondere Fürsorge für diese Gesellschaften mit Rücksicht auf die überaus kritische Lage und die Zahlungsschwierigkeiten der Landwirte notwendig sei.

Beton-Ausstellung.

Am 20. d. M. wurde in Warschau in Gegenwart des Ministers für öffentliche Arbeiten Nowak-Rzeźbiewicz eine Beton-Ausstellung eröffnet, die auf die Initiative der Propaganda-Abteilung des Verbandes der polnischen Portland-Cement-Fabriken zurückzuführen ist. Die Ausstellung umfaßt alle Zweige der Bau-tätigkeit, sofern sie mit Eisenbeton- und Beton-Arbeiten, mit Isoliermaterial, Granit-, Dachziegeln, künstlichen Steinen usw. im Zusammenhang steht.

Die Ausstellung hat in interessierenden Wirtschaftskreisen großen Anklang gefunden. In den ersten Tagen der Ausstellung war ein reger Besuch festzustellen.

Roggenexportprämien. In der Zeit vom 1. August bis 31. Oktober d. J. hat der polnische Getreide-Exportverband Einfuhrzölle über insgesamt 27 500 T. Roggen ausgegeben. In Anbetracht der Roggenknappheit in Polen wird das Getreideexportbüro in Danzig, wie wir schon vor einigen Wochen ankündigten, definitiv am 1. Dezember d. J. aufgelöst werden.

Firmennachrichten.

Inowrocław. Zwangsversteigerung des Grundstücks I nowrocław Blatt 185, Jnh. Józef Runtkowski, am 19. Januar 1932, 10 Uhr.

Thorn. Zwangsversteigerung des Grundstücks Toruń, Bydgoszcz Przedmieście (Mickiewicza 180), Blatt 59, Jnh. Direktor Józef Szumian (26,07 Ar.), am 20. Januar 1932, 11 Uhr, im Burggericht in Thorn, Zimmer 7.

v. Gdingen. Konkursverfahren über die Firma Jnz. T. Grobelnicki i o. Czaplnicki T. d. o. p. am 17. November d. J. eröffnet. Konkursverwalter Reichsanwalt Dr. Turek in Gdingen. Gläubigermeldungen bis spätestens 9. Dezember 1931. Prüfungstermin am 21. Dezember 1931, 10 Uhr vormittags, im Burggericht in Gdingen, Zimmer 40.

Deutschlands Devisensorgen.

Durch zwei neue Verordnungen soll der Versuch gemacht werden, weitere Lücken des Stillhalte-Abkommens zu schließen. Sie sind die praktische Konsequenz des letzten Reichsbankausweises, der einen erneuten Devisen- und Goldverlust von etwas über 72 Millionen Mark auswies. Dieses Ergebnis rief um so mehr Erstaunen hervor, weil gleichzeitig die Oktoberzahlen über Import und Export veröffentlicht wurden, die einen Monatsrekordüberschuss von fast 400 Millionen ergaben. Es ist vielfach die Frage aufgetreten, aus welchen Gründen der Devisenbestand der Reichsmark trotz der starken Aktivität der deutschen Handelsbilanz in den letzten Monaten weiter geschrumpft sei. Hierzu werden uns von besonders gut unterrichteter Seite nachstehende Ausführungen zur Verfügung gestellt.

1. Statistische Zahlen monatlicher Ausfuhrüberschüsse sind nicht identisch mit monatlichen Devisenüberschüssen, da die deutsche Ausfuhr schon unter normalen Verhältnissen mit langen Zahlungszielen arbeiten muß. Devisen also erst später eingehen. Bei den gegenwärtigen abnormalen Verhältnissen muß der deutsche Export noch längere Zahlungsziele gewähren. Bei industriellen Anlagen und Maschinen, die einen großen Teil der deutschen Ausfuhr ausmachen, sind Zahlungsziele von einem Jahr und darüber notwendig.

2. Außerdem besteht gegenwärtig aus folgenden Gründen ein abnormaler Übergangszustand. Einerseits liegt bezüglich der Bezahlung der Wareneinfuhr zurzeit eine Spesenbelastung vor, weil jetzt die Bezahlung für die Warenaufnahme früherer Monate fällig wird, für die damals Zahlungsziele gewährt wurden, während die jetzt laufende Warenaufnahme vielfach sofort oder mit nur sehr kurzen Zahlungszielen bezahlt werden muß. Andererseits liegt bezüglich des Deviseneinzugs aus der Warenaufnahme früherer Monate mit Zahlungszielen damals im Wege von Rembourskrediten schon verwertet worden, während die sofortige Verwertung von Devisen auslaufen für laufende Warenaufnahme zurzeit nicht in gleichem Umfang möglich ist, so daß Bar-Devisen erst später verfügbar sind, und zwar aus den unter 1 dargelegten Gründen vielfach erst nach langer Zeit.

3. Der statistische Ausfuhrüberschuss der Monate Juli, August, September beträgt (ohne die Reparations-Schärfeserungen) 916 Millionen Mark. In diesen drei Monaten sind Zahlungsüberschüsse 1 Milliarde Mark vom Ausland bezogen worden, insbesondere für den Transfer von Markguithaben bei deutschen Banken, für den Transfer der Erlöse aus ausländischen Effektenverkäufen, solange solche Verkäufe möglich waren, für die Rückzahlung direkter Wirtschaftskredite, für die Abwicklung der Termindisjunctivsätze und sonstige Devisengeschäfte, die nicht unter dem Stillhalteabkommen fallen. Der ganze statistische Ausfuhrüberschuss dieser drei Monate wäre also, auch wenn er sofort im ganzen Umfang devisenmäßig verfügbar gewesen wäre, schon durch diese Zahlungen mehr als absorbiert.

Statutenänderung der Bank Politi?

Der polnische Finanzminister hat dem Sejm einen Gesetzentwurf über eine Statutenänderung der Bank Politi vorgelegt. Nach dieser Vorlage soll der Aufsichtsrat der polnischen Emissionsbank in Zukunft aus einem Präsidenten und einem Vizepräsidenten, die durch den Staatspräsidenten ernannt werden, sowie aus zwölf Mitgliedern, die von der Generalversammlung gewählt werden, bestehen. Außerdem werden drei Vertreter der Aufsichtsratsmitglieder gewählt. Ferner soll der Bankkommissar Mitglied des Aufsichtsrates sein. Artikel 26 der Bankstatute, welcher die Beauftragung und die Funktion eines Finanzberaters in der Eigenschaft eines wollen Mitgliedes des Aufsichtsrates vorlässt, wird beseitigt. Sämtliche Beschlüsse des Aufsichtsrates werden mit einfacher Stimmenmehrheit (bisher qualifizierte Mehrheit) gefaßt, auch die Frage einer Erhöhung des Aktienkapitals, sowie einer Herabsetzung der Deckungsgrenze unter 30 Prozent.

Der Bankkommissar wird durch den polnischen Finanzminister ernannt, ebenso sein Vertreter.

Der Bankkommissar und sein Vertreter werden ermächtigt, an den Sitzungen der Bankkommission mit beratender Stimme teilzunehmen. Außerdem haben der Bankkommissar und sein Vertreter das Recht, über die Geschäftsführung und den Geschäftsgang der Emissionsbank Auskünfte zu verlangen.

Bor neuen Handel-vertrags-Verhandlungen mit Österreich?

Wie die halbamtliche Istra-Agentur wissen will, soll sich in allerhöchster Zeit eine polnische Delegation nach Wien begeben, um die Revisions-Verhandlungen des Handels-Vertrages mit Österreich weiterzuführen. Da die in Österreich neu organisierte Kommission zur Regelung des Umsatzes von Schlachttieren ihre Tätigkeit aufgenommen hat, wodurch der Fleischexport Polens nach Österreich vor neue Schwierigkeiten gestellt wird, glaubt die Agentur.

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verfügung im "Monitor Politi" für den 23. November auf 5,9244 Zloty festgestellt.

Der Zinssatz der Bank Politi beträgt 7 1/2%, der Lombardatz 8 1/2%.

Der Zloty am 21. November. Danzig: Überweisung —, Berlin: Überweisung, große Scheine 47,175—47,575, Wien: Überweisung 79,41—79,89, Zürich: Überweisung 57,50, London: Überweisung 34,00.

Warschauer Börse vom 21. Novbr. Umsätze, Verlauf —, Italien: 124,03, 124,34—123,72, Belgrad —, Budapest —, Bukarest —, Danzig —, Helsingfors —, Spanien —, Holland 358,66, 359,55—357,75, Konstantinopel —, Japan —, Kopenhagen —, London 34,42—33,26, New York 8,921, 8,941—8,901, Oslo —, Paris 34,93%—35,02—34,85, Prag —, 26,49—26,36, Riga —, Stockholm —, Schweiz 173,50, 173,93—173,07, Tallinn —, Wien —, Italien 46,08, 46,20—45,96, *) London Umsätze 33,35—33,33—33,34, *) Prag Umsätze 26,43—26,42%.

Berliner Devisenkurse.

Offiz. Distanz- lage	Für drahtlose Auszahlung in deutscher Mark	In Reichsmark		In Reichsmark	
		21. November Geld	Brief	20. November Geld	Brief
3,5%	1 Amerika	4,209	4,217	4,209	4,217
6%	1 England	15,74	15,83	15,87	15,87
3%	100 Holland	169,08	169,42	169,13	169,17
7%	1 Argentinien	1,068	1,072	1,073	1,077
8%	100 Norwegen	84,91	85,09	85,66	85,84
6,5%	100 Dänemark	84,91	85,09	85,66	85,84
6,5%	100 Island	71,03	71,17	71,43	71,57
6%	100 Schweden	84,91	85,09	85,91	86,09
2,5%	100 Belgien	58,42	58,54	58,44	58,56
7%	100 Italien	21,68	21,72	21,71	21,75
2,5%	100 Frankreich	16,48	16,52	16,49	16,53
2%	100 Schweiz	81,82	81,98	81,87	82,03
6,5%	100 Spanien	35,76	35,84	35,96	36,04
6,57%	1 Brasilien	0,264	0,266	0,264	0,266
—	1 Japan	2,068	2,072	2,068	2,072
—	1 Kanada	3,706	3,714	3,726	3,734
—	1 Uruguay	1,848	1,852	1,848	1,852
6,5%	100 Tschechoslowaf.	12,468	12,488	12,468	12,48
8%	1 Finnland	8,21	8,23	8,21	8,23
7%	100 Estland	112,79	113,01	112,79	113,01
6%	100 Lettland	81,22	81,38	81,22	81,38
7%	100 Portugal	14,44	14,46	14,39	14,41
9,5%	100 Bulgarien	3,057	3,063	3,057	3,063
7,5%	100 Jugoslawien	7,453	7,467	7,463	7,477
8%	100 Österreich	58,94	59,06	58,94	59,06
8%	100 Ungarn	73,28	73,42	73,28	73,42
9%	100 Danzig	81,92	82,13	81,92	8